

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Scheidekitt, Augustastraße 8. — Redaktionsschluss: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Peitzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verlagsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Verhandlungen mit dem Schutzverband. Weihnachten 1912. Rundschau. Genossenschaftliche Monatsschau. Übervölkerung und Untervölkerung, III. Gesetz und Recht. — **Allgemeines:** Merkblatt. Was willst Du werden? Zur Sammlung. Der Peter in der Fremde. — **Der Lithograph:** Der Zudrang zum Lithographenberufe, III. — **Der Steindrucker:** Genasführt. — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Berlin. — **Feuilleton:** Friede auf Erden. Vom Diskussionsreden (Schluß). — **Anzeigen.**

Verhandlungen mit dem Schutzverbande.

Bei den Friedensverhandlungen zwischen den Vertretern des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer und unserer Organisation, die vom 23. bis 27. Januar d. J. in Berlin stattfanden und zum Abschluß des großen Streik- und Aussperrkampfes im deutschen Lithographie- und Steindruckgewerbe führten, wurden verschiedene Angelegenheiten einer späteren Regelung vorbehalten. Sie betrafen die Lehrlingsfrage in den Photodrom-, Autochrom- und Lichtdruckpostkartenanstalten, die Ausarbeitung eines Merkblatts für die Einstellung und Ausbildung von Lehrlingen in lithographischen Anstalten und Steindruckereien, die Garantierung eines bestimmten Lohnes für Akkordarbeiter und die Druckmusterfrage. Die Verhandlungen über diese Punkte haben nunmehr am 10. Dezember im Berliner Papierhaus stattgefunden; im Wesentlichen nahmen dieselben Vertreter beider Parteien aus dem ganzen Reiche daran teil, die bereits an den Januarverhandlungen beteiligt waren. Über den Verlauf der mehr als siebenstündigen Beratungen ist heute in gedrängter Kürze folgendes mitzuteilen:

Bei den Abschlußverhandlungen im Januar war zu § 3 der Vereinbarungen, der das Lehrlingswesen betrifft, dieser besondere Beschluß gefaßt worden: »Um die von der Gehilfenschaft behaupteten Mißstände in der Lehrlingsfrage (Lithographen) in der Autochrom-, Photodrom- und Lichtdruckpostkartenbranche zu prüfen und, wo solche vorhanden sind, zu beseitigen, wird der Schutzverband mit Zuziehung des Fachverbandes die Gelegenheit einer eingehenden Prüfung unterziehen. Er wird sich bis spätestens 1. Juli d. J. wegen gemeinsamer Regelung mit dem Hauptvorstand des Senefelderbundes in Verbindung setzen.« Inzwischen haben mehrfache Verhandlungen zwischen den Leitungen beider Organisationen stattgefunden, ohne jedoch ein Ergebnis zu zeitigen. Für die am 10. Dezember auf breiterer Grundlage abgehaltenen Verhandlungen hatten unsere Vertreter den Antrag gestellt, dem § 3 der Januarvereinbarungen den Schlußsatz anzufügen: »In Anstalten für Autochrom-, Photodrom- und Lichtdruckpostkarten sind keine Lithographenlehrlinge zugelassen.« Der Antrag wurde von unsern Vertretern eingehend damit begründet, daß ein Lehrling in dieser Branche schlechterdings rein gar nichts lernen kann, was ihm ein gutes Fortkommen als Lithograph ermöglichen könnte; als Beweis für diese Behauptung wurden eine Reihe von Abzügen vorgelegt, aus denen die reine Anstreicherarbeit in diesen Postkartenanstalten deutlich erkennbar war. Ferner wurde betont, daß den Postkartenlithographen auch das Fortkommen in der Branche selbst außerordentlich eingeschränkt sei, da letztere ständig zurückgehe; als Beweismaterial diene eine am 15. Oktober 1912 aufgenommene Statistik, nach der an diesem Tage nur noch in 15 Orten und 31 Firmen

natürliche Entwicklung des Gewerbes, und sie prophezeiten der Branche noch eine aussichtsreiche Zukunft. Gegenüber dieser Einsichtslosigkeit blieb der Gehilfenkommission nichts weiter übrig, als zu erklären: »Wir bedauern aus den von uns in der Diskussion vorgebrachten Gründen die ablehnende Haltung des Schutzverbandes bezüglich der Einstellung von Lithographenlehrlingen in der Auto-, Photo- und Lichtdruckpostkartenbranche, die wir nach wie vor für durchaus ungerechtfertigt und unmoralisch halten.«

Bezüglich des Lehrlingswesens war bei den Januarverhandlungen ferner Übereinstimmung darüber erzielt worden, daß die Zentralen der beiden Organisationen ein Merkblatt ausarbeiten sollten, das die hauptsächlichsten Voraussetzungen für die Erlernung des Berufs eines Steindruckers oder Lithographen (gute Augen, Talent zum Zeichnen usw.) enthalten sollte. Auch hierüber fanden zwischen den beiden Zentralen bereits ergebnislose Verhandlungen statt. Den Verhandlungen vom 10. Dezember lagen Merkblattentwürfe von beiden Seiten zugrunde, aus denen hervorging, daß die Gehilfenvertreter das Merkblatt als ein Mittel zur Aufklärung der breiten Öffentlichkeit über unsern Beruf aufgefaßt hatten, während die Schutzverbandsvertreter nur den Prinzipalen Leitsätze in die Hand geben wollten, die bei der Einstellung von Lehrlingen maßgebend sein sollten. Im Laufe der Diskussion wurde die Auffassung der Gehilfenvertreter anerkannt. Der von letzteren vorgesehenen gründlichen Aufklärung über die Widerstände gegen die Weiterentwicklung des Gewerbes (Konkurrenz der photomechanischen Verfahren, Erschwerung der Ausfuhr durch die Zoll- und Handelsvertragspolitik, Beschränkung des Inlandsmarktes durch die Steuergesetzgebung usw.) und einer ausführlichen Behandlung der Vorbedingungen für die Erlernung des Berufs widersetzten sich aber die Unternehmervertreter mit aller Entschiedenheit. Um überhaupt die gemeinsame Aufklärung der Öffentlichkeit durch die Unternehmer- und Gehilfenorganisation zu ermöglichen, erklärten sich unsere Vertreter mit der Verbindung beider Entwürfe, die ohne verschiedene Streichungen natürlich nicht abging, einverstanden. Daraus ergab sich als Kompromiß das Merkblatt, das wir an der Spitze des allgemeinen Teils dieser Nummer unsern Kollegen im Wortlaut bekannt geben.

Bei den Januarverhandlungen war ferner zur Frage der Akkordarbeit der folgende besondere Beschluß gefaßt worden: »Über den Antrag der Gehilfenvertreter: »In Firmen, wo die Gehilfen im Akkord arbeiten, ist diesen ein fester Wochenlohn entsprechend der Leistung zu garantieren« werden die beiden Zentralen bis spätestens 1. Juli d. J. zu diesbezüglichen Beratungen zusammenzutreten.« Für die Verhandlungen am 10. Dezember war von unserer Seite beantragt worden, folgenden Absatz in die Vereinbarungen aufzunehmen: »Gehilfen, die im Akkord arbeiten, ist ein fester Wochenlohn zu garantieren. Für Gehilfen im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit gilt der für die

Weihnachten 1912.

Glockenklänge Weihenacht . . .
Kinderlippen singen Lieder
Und des Christbaums Kerzenpracht
Spiegeln frohe Augen wieder.
Doch durch Sang und Glockenton,
Die so feierlich heut hallen,
Klingt es wie verhalt'n Hohn:
Aller Welt ein Wohlgefallen!

Wohlgefallen? Leid und Harm
Schleiden fröstelnd durch's Gelände:
Hunger hebt den Knochenarm,
Und die Armut ringt die Hände!
Zoll auf's Fleisch und Zoll auf's Brot,
Zoll, daß sich der Reichtum mäste, —
Nie so bitter war die Not,
Wie an diesem Weihfest!

Doch die Glocken läuten fort,
Jubeln juchzend, daß beschieden
Aller Welt nach ew'gem Wort
Nächstenliebe, Glück und Frieden!
Frieden? In den Glockenton
Mischt sich wieder klagend Trauern,
Und ein grimmvorhalt'n Hohn
Macht das Herz Dir jäh erschauern!

Frieden? Wochen-, mondlang
Klirren schon die Eisenwaffen,
Kriegsgang folgt auf Kriegesgang,
Und der Tod bekommt zu schaffen;
Reiche Ernte heisst er ein:
Ungezählte Völkerherden
Fort ihr Reblichen Schmal'n!
Frieden gibt es nicht auf Erden!

Durch die Welt die Lüge zieht
Heut in dieser Weihstunde!
Der Erlösung Blume blüht
Nur in einem starken Bunde:
Wo sich Proletarierhand
Fest in Bruderhand verkettet,
Dort erstehet das Zukunftsland,
Das aus Not die Menschheit rettet!

Dort — noch ist es nur ein Traum,
Doch er wird zur Wahrheit werden! —
Recht sich unser Weihnachtsbaum
Weithin sichtbar rings auf Erden!
Seine Kerzen blinken Glanz,
Wohin ihre Strahlen fallen:
Ew'ger Frieden flücht den Kranz
Aller Welt zum Wohlgefallen! in.

224 Gehilfen und 33 Lehrlinge in der Branche beschäftigt waren, gegenüber 20 Orte mit 51 Firmen, 686 Gehilfen und 133 Lehrlingen bei der vorletzten Erhebung am 1. Juli 1907. Endlich wurde betont, daß ein etwaiger Bedarf an Arbeitskräften in der Branche ohne weiteres durch die zahlreichen arbeitslosen Chromolithographen gedeckt werden könne. Die Prinzipalvertreter verhielten sich diesen guten Gründen gegenüber unzugänglich; ja sie verstiegen sich sogar zu der Behauptung, unsere Förderung sei ein Anrennen gegen die

einzelnen Orte festgesetzte Mindestlohn; für ältere Gehilfen sind, je nach der Leistung, besondere Vereinbarungen zu treffen, doch muß der zu vereinbarende Garantielohn dem örtlichen Durchschnittslohn in der betreffenden Branche entsprechen. Der Garantielohn ist unter allen Umständen zu zahlen, wenn der Wochenakkordverdienst hinter dem vereinbarten Garantielohn zurückbleibt. Gehilfen, die nur zeitweise im Akkord beschäftigt werden, ist der bisherige Wochenlohn, solchen, die nur vorübergehend Arbeiten im Wochenlohn ausführen, der bisherige Akkorddurchschnittsverdienst zu garantieren. Von diesem Antrage, der durch die Gehilfenvertreter ausführlich begründet wurde, wollten die Unternehmervertreter absolut nichts wissen. Er redet für sich selbst und bedarf unsern Kollegen gegenüber keiner Wiederholung der geltend gemachten Argumente. Aber die triftigsten Gründe und die schlagendsten Argumente blieben gegenüber den Unternehmervertretern ergebnislos, die sich in dem Streben, den Unternehmern auch fernerhin die Möglichkeit der rationellsten Gewinnung von Mehrwert aus der Akkordarbeit zu sichern, jeder gerechten Regelung dieser Entlohnungsmethode hartnäckig widersetzen.

Endlich wurde noch über die Druckmusterfrage verhandelt, zu der im Januar folgender Beschluß gefaßt worden war: »Die beiden Zentralen werden zwecks Regelung der Druckmusterfrage bis spätestens 1. Juli 1912 zusammenretten.« Zu diesem Beratungspunkte unterbreiteten die Unternehmervertreter der Konferenz eine Vorlage, nach der sie für die Aushängung von Mustern allerhand Beschränkungen zur Geltung zu bringen versuchten. Zur Auslieferung von Mustern an Steindrucker sollten z. B. nur solche Firmen angehalten werden, die sich selbst beim Engagement von Steindruckergehilfen Muster vorlegen lassen. Die Gehilfenvertreter stellten diesen einer Verschlechterung der bestehenden Zustände gleichkommenden Bemühungen den Antrag entgegen, in die Vereinbarungen folgenden klaren Passus aufzunehmen: »Die Gehilfen und Lehrlinge erhalten von ihren selbstgefertigten Arbeiten einige gute Abzüge.« Zur Anerkennung dieses Grundsatzes durch die Vereinbarungen konnten sich aber die Unternehmervertreter nicht aufschwingen. Da für die Gehilfenvertreter der Unternehmervorschlag ebenfalls nicht annehmbar war, endete auch die Beratung über diesen Verhandlungsgegenstand ergebnislos. Unsere Vertreter gaben dazu folgende Erklärung ab: »Wir sind nicht in der Lage, den Antrag des Schutzverbandes in der Druckmusterfrage anzunehmen, da er das historische und moralische Recht des Arbeiters auf Arbeitsmuster von einer Reihe Bedingungen abhängig macht, die eine genügende Lösung der Frage nicht bringen.«

Damit war die Beratung über die bei den Januarverhandlungen zurückgestellten Angelegenheiten beendet, mit Ausnahme eines Punktes mit einem negativen Resultat. — Im Anschluß daran fand noch eine Aussprache über das Bemühen verschiedener Unternehmer statt, sich um die Entschädigung bei Bronzearbeiten zu drücken; bestimmte Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Wir beschränken uns heute darauf, den Kollegen durch diese gedrängte Übersicht über die Verhandlungen ein allgemeines Bild von der Zusammenkunft zu geben. Im neuen Jahrgange werden wir die einzelnen Beratungspunkte in einer Reihe von Artikeln noch ausführlicher behandeln.

Rundschau.

Eine neue Aktiengesellschaft wurde unter der Firma *Rotophot A.-G. für graphische Industrie in Berlin* mit einem Grundkapital von einer Million Mark unter Mitwirkung der Commerz- und Diskontobank ins Leben gerufen. Gegenstand des Unternehmens ist Herstellung und Vertrieb von Erzeugnissen aus allen Gebieten der graphischen Industrie. Die Gesellschaft erwirbt die sämtlichen Anteile der Rotophot-Gesellschaft für photographische Industrie m. b. H., deren gesamter Geschäftsbetrieb somit auf die neue Gesellschaft übergeht. Die Rotophot-Gesellschaft, welche seit 1900 besteht und eine

führende Stellung im Fach einnimmt, hat stets mit gutem Erfolg gearbeitet und namentlich in den letzten Jahren gute Erträge erzielt.

Ein Riesenbrand hat am 7. Dezember früh die lithographische Kunstanstalt E. Nister in Nürnberg völlig in Asche gelegt. Das Feuer brach um 5 Uhr in der Steindruckerei aus und ergriff mit rasender Schnelligkeit auch das angrenzende Kesselhaus und die Buchdruckerei. Völlig zerstört sind der große Schnellpressensaal der Steindruckerei mit 15 Schnellpressen für lithographischen Druck, Dynamo- und sonstigen Maschinen, die beiden Abteilungen für Lithographie im nördlichen Flügelgebäude des Hofes. Schwer beschädigt ist das Maschinenhaus für die Kraft- und Lichtanlage, ferner eine Dynamo- und Dampfmaschine. Was vom Feuer verschont worden ist, ist durch das Wasser vernichtet worden, so zwei kleine Schnellpressensäle und die Andruckerei; auch ein Teil des Papierlagers ist sehr beschädigt. Unbeschädigt sind das Vordergebäude mit den Laerräumen der Buchbinderei, ferner das Buchdruckereigebäude, die Setzersäle, die photographische und die chemographische Abteilung und das photographische Atelier. Die Firma E. Nister ist bei verschiedenen Gesellschaften mit 3 100 000 Mk. versichert. Die Schadendeckung der beteiligten Gesellschaften beträgt 1 bis 1 1/2 Million Mark. Durch den Brand ist der größte Teil der 300 Personen zählenden Arbeiterschaft für längere Zeit arbeitslos geworden; besonders wurden unsere Kollegen stark in Mitleidenschaft gezogen.

Die Professur für graphische Kunst und Buchgewerbe an der Lehr- und Versuchswerkstätte der Kunstgewerbeschule in Stuttgart — die unseres Wissens neu geschaffen wurde — ist dem Professor J. Cissarz von der gleichen Anstalt übertragen worden.

Was kostet die Reklame in Amerika? Amerika ist bekanntlich das klassische Land der Reklame; kein Unternehmen, auch nicht das kleinste, ist ohne sie denkbar. Und dabei ist gerade das Große, das Riesenhafte ein charakteristischer Zug, so daß alljährlich ungeheure Summen dafür ausgegeben werden. Vor kurzem hat nun ein Statistiker der Vereinigten Staaten eine Zusammenstellung der Summen gemacht, die jährlich von der amerikanischen Geschäftswelt für Reklame ausgegeben werden. Es sind im ganzen — 4 Milliarden Mark. Nur der vierte Teil dieser Summe entfällt auf die Zeitungsreklame, während für Plakate und Lichtreklame die Hälfte, rund 2 Milliarden, ausgegeben wurden. Daraus ist zu ersehen, wie ungeheuer das Plakatwesen in Amerika entwickelt sein muß.

Der Nahrungsmittelaufwand hat sich, nachdem bereits vom August zu September eine geringe Verbilligung (um 0,03) festzustellen war, auch von September zu Oktober etwas billiger gestaltet. Und zwar sank die Reichsindexziffer nach den Calwerschen Monatslichen Übersichten über Lebensmittelpreise von 26,63 im September auf 26,26 im Oktober 1912, also um 0,37. Sie war aber trotz dieser Senkung noch um 1,38 höher als im Oktober 1911, in welchem sie 24,88 betrug. Wenn also auch gegenüber dem Vormonate eine erfreuliche Besserung zu verzeichnen war, so ist der Lebensmittelaufwand im Oktober 1912 doch noch wesentlich teurer als im gleichen Monat des Vorjahres gewesen.

Eine Warnung vor dem Zug nach Berlin erläßt der Vorstand des Buchdruckerverbandes. In einer Bekanntmachung an der Spitze des Verbandsorgans weist er darauf hin, daß durch die verstärkte Einführung der Setzmaschine und die geschäftliche Lage der Arbeitslosen in Berlin zu einer Höhe gelangt ist, die für den fläussten Geschäftszeit wenig nachgibt. Deshalb wird an die Kollegenschaft das dringende Ersuchen gerichtet, Berlin vorläufig zu meiden. Auch unsern Kollegen kann nur dringend geraten werden, der Reichshauptstadt fernzubleiben, solange sich nicht die Arbeitslosigkeit gebessert und die Massenarbeitslosigkeit verringert hat. Durch den Zustrom nach Berlin schädigen die zureisenden Kollegen in erster Linie sich selbst, schließlich aber auch die gesamte Kollegenschaft, da sie durch die Vermehrung des Heeres der Arbeitslosen den Druck auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen außerordentlich verstärken.

Zur Beitragserhöhung hat sich der Buchdruckerverband infolge der großen Arbeitslosigkeit, durch die die Arbeitslosenunterstützungskassen naturgemäß stark in Mitleidenschaft gezogen wird, veranlaßt gesehen. Die Ursache der außergewöhnlichen Arbeitslosigkeit wird in der technischen Entwicklung gesehen, die immer mehr menschliche Arbeitskräfte überflüssig macht. Daher soll vom 1. Januar ab der wöchentliche Beitrag für die Zentralkasse um 10 Pfg. erhöht werden, sodaß er dann 1,20 Mk. pro Woche beträgt. Hierzu kommen dann noch die jeweiligen Gau- bzw. Bezirks- oder Ortsbeiträge, die je nach der Größe der Städte und Gauen verschieden hoch sind.

Einen Vermittlungsversuch zum Tarifablauf im Baugewerbe unternahm das Reichsamt des Innern, indem es den Gewerbegerichtsdirektor Dr. Prenner in München beauftragte, vor Ablauf des Tarifes Einigungsverhandlungen anzubahnen, um den Ausbruch eines Konflikts, durch den das gesamte Wirtschaftsleben in Mitleidenschaft gezogen würde, möglichst zu vermeiden. Falls sich die beiderseitigen Vertretungen zu Verhandlungen bereit

erklären, werden diese durch Herrn Dr. Prenner alsbald eingeleitet werden.

Der Boykott über die Halberstädter Würstchenfabrik von Christian Förster, Inh. A. Waldeyer wurde verhängt, da alle Versuche, die Differenzen zwischen den Arbeitern und der Firma auf gutlichem Wege beizulegen, gescheitert sind. Die anbotene Vermittlung des Bezirkssekretärs Genossen Undeutsch blieb unbeantwortet. Inzwischen hat der Inhaber der Firma seine Feindschaft gegen organisierte Arbeiter noch offensichtlicher gezeigt. Das Gewerkschaftskartell am Orte und das Bezirkssekretariat für die Provinz Sachsen und Anhalt nahm am 5. Dezember zu dem Konflikt Stellung und nahm folgende Resolution an: »Die am 5. Dezember tagende Versammlung nimmt Kenntnis von dem rücksichtslosen Vorgehen der Firma Christ. Förster, Inh. A. Waldeyer, gegen die organisierten Arbeiter. Sie betrachtet das Verhalten der Firma nicht nur als eine Antastung der Koalitionsfreiheit, sondern auch als eine direkte Herausforderung der gesamten organisierten Arbeiterschaft. Die anwesenden Vertreter der organisierten Arbeiterschaft beschließen daher den Boykott über die Firma Christian Förster, Halberstädter Würstchenfabrik. Die organisierte Arbeiterschaft im Reich wird ersucht, überall, wo die Produkte der Firma abgesetzt werden, für strikte Durchführung des Boykotts Sorge zu tragen.« Es bedarf wohl nur dieses Hinweises, um jeden organisierten Kollegen zu veranlassen, die Halberstädter Würstchen der Firma Christian Förster, die von den organisierten Arbeitern nichts wissen will, zu meiden und dadurch der Fleischerorganisation in ihrem aufgezwungenen Kampfe um das Koalitionsrecht zum Siege zu verhelfen.

Die Agitation der Bäcker für die sechs-tägige Arbeitswoche hatte zum Ergebnis, daß in 280 Orten 18 000 Gehilfen ihr Einverständnis mit der an den Reichstag gerichteten Petition bekundeten. Gegen die Petition stimmten 144 Gehilfen, denen wahrscheinlich sieben zwölfstündige Arbeitstage pro Woche noch zu wenig Schinderei sind. Im Bäckerergewerbe ist die Verkürzung und Regelung der Arbeitszeit schon im Interesse der allgemeinen Volksgesundheit erforderlich; die dort bestehenden sanitären Mißstände werden erst verschwinden, wenn die von den Bäckergehilfen in ihrer Petition verlangte Änderung der Gewerbeordnung Gesetz geworden und durchgeführt ist. Hoffentlich versagt der Reichstag nicht.

Sind die Gewerkschaften politische Vereine? Eine Entscheidung darüber steht jetzt bei dem preußischen Oberverwaltungsgericht an. Von drei Ortsverwaltungen unserer Zentralverbände wird diese Gerichtsinstanz zur Entscheidung angeufen. Die Prozesse wurden angestrengt vom Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Bielefeld des Verbandes der Fabrikarbeiter gegen den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, vom Vertreter der Ortsgruppe Culmsee des Zentralverbandes der Zimmerer gegen den Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen und vom Former Welzel als Vertrauensmann der Ortsgruppe Kolzenu des Metallarbeiterverbandes gegen den Regierungspräsidenten zu Liegnitz. In allen Fällen handelte es sich um von der höheren Behörde gebilligte ortspolizeiliche Verfügungen, die die Einreichung der Statuten, eines Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder der Zweigvereine bzw. Ortsgruppen, verlangten. Die Behörden gingen davon aus, daß es sich um politische Vereine im Sinne des Reichsvereinsgesetzes handle. In den drei Fällen war Klage erhoben worden mit der Begründung, daß politische Vereine hier nicht in Frage kämen. Die Vertreter der Kläger, Rechtsanwalt Wolfgang Heine und Rechtsanwalt Dr. Herz-Hamburg, legten eingehend dar, daß weder die Ortsvereine politische Vereine seien noch die in Frage kommenden Zentralverbände. Das Oberverwaltungsgericht beschloß Beweishebung, nicht über das Vereinsleben der einzelnen, hier in Betracht kommenden Zweigstellen bzw. Ortsgruppen, sondern über den Charakter der genannten drei Zentralverbände. Es soll darüber erstens der Polizeipräsident von Berlin bezüglich aller drei Verbände und außerdem in jedem Einzelfalle die Polizeibehörde des Orts gehört werden, wo der Sitz jedes der Verbände sich befindet (Hamburg, bezüglich des Zimmererverbandes, Hannover bezüglich des Fabrikarbeiterverbandes, Stuttgart bezüglich des Metallarbeiterverbandes). Das Beweisethema (in das immer der Name des fraglichen Zentralverbandes einzusetzen ist) lautet in allen drei Fällen übereinstimmend: Was ist bisher (den genannten Behörden) bekannt geworden darüber, ob, wodurch und inwiefern der Verband auf politische Angelegenheiten einzuwirken bezweckt? Auf die endgültige Entscheidung darf man gespannt sein.

Was sind Sozialdemokraten? Vor einiger Zeit verständte die Kreisdirektion eines oberelsässischen Bezirks für eine bevorstehende Wahl ein gedrucktes Zirkular, worin jeder Bürgermeister aufgefordert wurde, anzugeben, wie viele Katholiken, Protestanten und Sozialdemokraten am Orte seien. Der Bürgermeister eines kleinen Ortes legte das Schriftstück ruhig beiseite. Auch bei nochmaliger Zusendung des Formulars reagierte er nicht. Der Kreisdirektor, dem das säumige Dorfberhaupt bekanntgegeben wurde, nahm sein Auto und fuhr zu diesem Manne. Nach höflicher Begrüßung und Erstaunen unseres biederen Ortsvorstandes fragte der

Kreisdirektor den Bürgermeister: »Sagen Sie mal, warum haben Sie denn bis jetzt unsre beiden Schreiben nicht beantwortet? Wir fragten an, wieviel Katholiken, Protestanten und Sozialdemokraten Sie im Dorfe haben.« — »Ja,« sagt das Bauern-dorferhaupt, »was weiß ich, was Sozialdemokratie sind!« — Kreisdirektor: »Sozialdemokraten sind Leute, welche nie zufrieden sind und auch nicht zu-friedenzustellen sind.« — Bürgermeister: »Jo — do han m'r zwei im Dorfe, de Schulmeister und de Pfarrer!«

Aus dem Auslande.

Rußland. Der Tarifkampf in den Druckereien der russischen Ostseeprovinzen, von dem wir in Nr. 46 berichteten, endete nach einem dreitägigem Ausstände mit dem Abschluß eines Tarifs auf die Dauer von fünf Jahren. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde um eine halbe Stunde verkürzt; nach Ablauf von drei Jahren soll eine weitere Verkürzung um eine halbe Stunde folgen. Außerdem wurden die Lohnsätze allgemein erhöht.

Genossenschaftl. Monatsschau.

Berlin, den 16. Dezember 1912

Außerordentlicher Genossenschaftstag: Ausschluß der Presse; Zugehörigkeit der Verlagsanstalt zum Deutschen Buchdrucker-verein; Satzungsänderungen des Zentralverbandes; Wahlen; Übergabe der Verlagsanstalt. Die gründende Versammlung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. — Konsumvereine und Petroleummonopol Ausnahmesteuerung in Mecklenburg und Lübeck.

Am 25. November wurde in Hamburg der erste außerordentliche Genossenschaftstag in Anwesenheit von etwa 400 Delegierten abgehalten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm Lorenz (Hamburg) das Wort zu einer Erklärung namens des Vorstandes und Ausschusses des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu einem Artikel des »Vorwärts« in Nr. 274 vom 23. November, in welchem der angebliche Ausschluß der Presse von den Verhandlungen des Genossenschaftstags und die Zugehörigkeit der Verlagsanstalt von Heinrich Kaufmann & Co. zum Deutschen Buchdruckerverein kritisiert werden. Redner konstatierte, daß die sonst üblichen Einladungen von Privatpersonen, Behörden und Zeitungen auf Beschluß des Vorstandes, der vom Ausschuß gebilligt sei, nicht erfolgt seien, weil es sich um rein geschäftliche, grundsätzlich bereits vom Berliner Genossenschaftstage festgelegte und auch in breiter Öffentlichkeit erörterte Angelegenheiten handle. Daraus ergebe sich schon, daß es nichts gebe, was das Licht zu scheuen brauche. Im übrigen lasse sich keine Organisation das Recht nehmen, geschlossene Sitzungen abzuhalten, wenn sie es für zweckmäßig erachte. Der Ausschuß habe, um ein für allemal Klarheit zu schaffen, beschlossen, daß der Genossenschaftstag künftig in der bisherigen Form öffentlich tagen solle, daß aber vorbehalten bleibe, nötigenfalls den Ausschluß der Öffentlichkeit zu beschließen. Tagungen der Verlagsgesellschaft müßten und würden, wie alle rein geschäftlichen Verhandlungen, nicht öffentlich sein.

Die Zugehörigkeit der Verlagsanstalt zum Buchdruckerverein sei eine überall hinlänglich bekannte Tatsache. Da aber der Buchdruckerverband der Auffassung huldige, daß ein im Prinzipalsverein gegründeter Fonds Streikabwehrzwecken dienen solle, werde am Freitag, dem 29. November, zwecks Klärung und Lösung der Streitfrage eine gemeinschaftliche Sitzung des Vorstandes des Zentralverbandes, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und des Vorstandes des Buchdruckerverbandes stattfinden. (Diese Sitzung wurde inzwischen abgehalten. Nach genauer Prüfung des Sachverhalts ist die Aufgabe der Mitgliedschaft der Verlagsanstalt im Buchdruckerverein erfolgt, wodurch die Angelegenheit eine alle Teile befriedigende Lösung gefunden hat und als erledigt zu betrachten ist.)

Über die Änderungen der Satzungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine berichtete Kaufmann. Die wesentlichsten Änderungen des Statuts bestehen darin, daß als Sitz des Verbandes Hamburg bestimmt wird, während bisher als solcher der Wohnort des Vorsitzenden galt, daß drei besoldete und vier nichtbesoldete Vorstandsmitglieder bestellt werden, daß außer den bereits angeschlossenen weitere Produktivgenossenschaften nicht zugelassen werden (hierbei wurde bemerkt, daß die Abmachungen mit der Generalkommission bezüglich Errichtung von Produktivgenossenschaften vielfach nicht innegehalten werden), daß die Genossenschaften gehalten sind, Mitglied der Verlagsgesellschaft zu sein, daß als Vertretung des Zentralverbandes der 120 Personen umfassende Generalrat neu geschaffen wird, daß die Beschlüsse des Genossenschaftstages für die Vereine binde Kraft haben und nicht mehr bloß als Rat und Empfehlung gelten. — In der Debatte wurde vor allem eine andere Regelung der Delegation zu den Genossenschaftstagen lebhaft befürwortet. Für den Antrag, den bisherigen Modus — jeder Verein eine Stimme — zu beseitigen, ergab sich nicht die erforderliche Dreiviertelmehrheit. Damit waren alle Abänderungsanträge gefallen. Beschlossen wurde, daß bei Streitigkeiten zwischen Vorstand und Ausschuß und dem Generalrat der Genossenschaftstag — nicht, wie im Statutenentwurf vorgesehen war, die erstgenannten Körperschaften — entscheidet. Alle anderen Abänderungsanträge wurden, von einigen formellen Verbesserungen abgesehen, ab-

gelehnt. In der Gesamtabstimmung wurde das Statut einstimmig angenommen. Bei der Festsetzung der Beiträge zu den Kosten des Zentralverbandes wurde eine stärkere Heranziehung der großen Vereine beschlossen.

Als berufsmäßige Vorstandsmitglieder wurden Heinrich Kaufmann, Dr. August Müller und Bästlein (Heinrichs), als ehrenamtliche Liebmann (Ludwigs-hafen), Barth (München) Radestock (Dresden) und Lorenz (Hamburg) gewählt.

Der Übergabevertrag der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co. an die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. wurde debattelos genehmigt.

Am 26. November fand dann die gründende Versammlung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. statt. Zum ersten Punkte der Tagesordnung: Die Beschlußfassung über den Gesellschaftsvertrag der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung, sprach Kaufmann (Hamburg), darauf hinweisend, daß der Registerrichter gegen die Satzungen nichts einzuwenden gehabt habe. Der Eventualantrag des Vorstandes und des Ausschusses des Zentralverbandes zum § 15, der ein gestaffeltes Stimmrecht in den Angelegenheiten der Verlagsgesellschaft vorsieht, wurde gegen 14 Stimmen angenommen. Ein Antrag Kiel, zur Wahrung der Rechte der Minderheiten namentliche Abstimmung auf Antrag von 50 stimmberechtigten Bevollmächtigten zuzulassen, wurde einstimmig angenommen. Die Gesamt-abstimmung der Satzungen der Verlagsgesellschaft ergab deren einstimmige Annahme. Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurde die im Gesellschaftsvertrage vorgesehene Form der Wahl von sieben Vorstands- und 13 Aufsichtsratsmitgliedern genehmigt. Der Punkt 3 der Tagesordnung: Beschlußfassung über den Übergabevertrag der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co. an die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., gab Herrn Kaufmann Gelegenheit, den günstigen Stand der Verlagsanstalt an der Hand der Bilanz des dritten Quartals 1912 zu zeigen. In der Abstimmung wurde dann der Übergabevertrag einstimmig angenommen. Hierauf wurde die Übergabe durch notariellen Akt rechtswirksam vollzogen.

Im übrigen ist aus der Genossenschaftsbewegung zu berichten, daß die »Konsumgenossenschaftliche Rundschau« die Stellung der Konsumvereine zum Petroleummonopol nach eingehender Besprechung des dem Reichstage zugegangenen Entwurfs eines Gesetzes betreffend den Verkehr mit Leuchtöl dahin präzisiert, daß die organisierten Konsumenten von dem geplanten Monopol auf keinen Fall Vorteil haben werden. »Die Sachlage ist folgende: die Möglichkeit, Deutschland mit frustfreiem Öl zu versorgen, ist nicht sichergestellt, über die Einkaufspreise weiß man wenig; sicher ist nur, daß sie hoch sein werden. In dieser Beziehung stellt also das Monopol einen Sprung ins Dunkle dar, der den deutschen Konsumenten teuer zu stehen kommen kann. Die Bestimmungen über die künftigen Verkaufspreise sind absolut unzulänglich. Die Sicherung gegen eine Ausbeutung der deutschen Konsumenten durch deutsche Kapitalisten, die an ausländischen Petroleumquellen interessiert sind, ist ebenfalls unzulänglich. Wir müssen deshalb dringend fordern, daß der Entwurf in dieser Form nicht Gesetz wird. Vom Konsumentenstandpunkt aus ist er eigentlich gar keine geeignete Grundlage für eine Diskussion; denn er müßte von Grund auf umgestaltet werden, um unseren Wünschen auch nur etwas Rechnung zu tragen.«

Endlich ist noch festzunehmen, daß das Familienparlament des Adels beider Mecklenburg am 18. November ohne viel Federlesens bei einer »Reform« der Einkommensteuer beschlossen hat, daß als steuerpflichtiges Einkommen der Konsumvereine 10 Proz. ihres Umsatzes zu gelten haben, falls nicht ein höheres Einkommen nachgewiesen wird. Also eine Besteuerung, so plump und allen kaufmännischen Erfahrungen widersprechend, wie nur möglich! Und zugleich bitterstes Unrecht gegen die unbemittelten Volksschichten, das zu äußerstem Widerstand und rücksichtslosester Abwehr aufstehen muß. Der Ruhm der mecklenburgischen Gesetzgeber hat die der Freien und Hansestadt Lübeck nicht schafen lassen. Bereits hat sich der Bürgerausschuß im Vorwege mit einem Gesetzentwurf beschäftigt, der eine auch auf die Konsumvereine ausgedehnte Warenhaussteuer in Höhe von 3/4 Proz. fordert. Der Bürgerausschuß hat den Entwurf einer fängigliedrigen Kommission überwiesen, der drei Herren angehören, die vor zwei Jahren gegen die Ausnahmesteuer stimmten. Hoffentlich kommt also die lübeckische Regierung mit ihren reaktionären Plänen nicht durch.

Übervölkerung und Unter-völkerung.

Eine zeitgemäße Frage.

III.

Das Bevölkerungsproblem ist heute trotz aller Bemühungen der Theoretiker und Praktiker noch so wenig geklärt, daß nicht einmal die Frage entschieden ist, ob die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage eines Volkes oder einer Volksgruppe eine

Vermehrung oder Verminderung der Geburten im Gefolge hat. Während einige Bevölkerungstheoretiker die Meinung vertreten, daß eine materielle Hebung der Masse des Volkes einen großen Geburtenüberschuß im Gefolge haben werde, sind andere wieder entgegengesetzter Ansicht. Besonders die Sozialisten, die die antisozialistische Tendenz der Malthusianischen Lehre widerlegen wollten, behaupten, daß eine verbesserte Lebenshaltung eine Abnahme der Geburten nach sich ziehen werde. Der Franzose Fourier meint, die naturgemäße Lebensweise in Verbindung mit den turnerischen Übungen werden den Geschlechtstrieb bei der heranwachsenden Jugend hemmen und die gute, kräftige Nahrung werden die Fruchtbarkeit der Frauen vermindern. Auch sein Landsmann Proudhon ist der Ansicht, daß die bessere Lebenshaltung und die vielseitigere Tätigkeit in einer sozialistischen Gesellschaft die Vermehrungsfähigkeit beschränken werde. Marx behauptet, daß unter der Herrschaft des Kapitalismus nicht nur die Zahl der Geburten, sondern auch die absolute Größe der Familie im umgekehrten Verhältnis stehe zur Höhe des Arbeitslohnes, also zur Masse der Lebensmittel, worüber die verschiedenen Arbeitergruppen verfügen. Es verhalte sich hier ähnlich wie mit den schlecht ernährten und viel geheizten Tieren, die sich geradezu unglaublich vermehren. Und in der Tat lehrt die Erfahrung, daß sich die schlecht gestellten Volksschichten geradezu kaninchenhaft fortpflanzen, während die besser gestellten Schichten viel mehr Maß halten.

Ohne Zweifel besteht eine Wechselwirkung zwischen der wirtschaftlichen Lage des Volkes und der Bevölkerungszunahme durch Geburten. Wie die Sache heute liegt, ist es ja klar, daß in einer Zeit, in der die Lebenshaltung wesentlich verteuert und der Kampf um die Existenz viel schärfer geworden ist, eine Einschränkung der Geburten gewissermaßen ganz von selbst eintritt. Man denke nur an die Wohnungsfrage, besonders in den Großstädten. Die Wohnungsverhältnisse sind dort die denkbar traurigsten; die Wohnungen sind teuer und beschränkt, manche Hauswirte nehmen kinder-reiche Familien überhaupt nicht auf, es fehlt an Gärten und Spielplätzen für die Kinder. So werden die Kinder schon aus rein räumlichen Gründen zu einer Last, die man nach Möglichkeit zu erleichtern sucht. Und dann berücksichtigt man die Tatsache, daß infolge unserer verkürzten Steuer- und Zollpolitik den Unter- und teilweise auch den Mittelschichten eine normale Lebenshaltung sehr erschwert wird. Zwischen Einkommen und Auskommen klafft eine tiefe Kluft, und da eine Steigerung des Einkommens nur in seltenen Fällen möglich ist, so wird das Auskommen immer schwieriger. Kann man sich da wundern, wenn diese Volksschichten bebüßt und planmäßig auf eine Beschränkung des Familienzuwachses hinarbeiten? Man hat es ja nicht mehr mit rückständigen Schichten zu tun, die in tierischer Weise den Naturtrieb blindlings walten lassen, sondern es handelt sich um Menschen, die mit offenen Augen ins Leben blicken und Verständnis gewinnen für wirtschaftliche und geschlechtliche Zusammenhänge. Hier scheint uns der wesentliche Grund des Übels zu stecken, das die preussische Regierung beklagt.

Die Richtigkeit dieser Auffassung bricht sich immer mehr Bahn. Besonders in den Kreisen der Ärzte wird auf den Zusammenhang zwischen unserer agrarischen Wirtschaftspolitik und dem Rückgang der Geburten hingewiesen. Die wissenschaftliche Deputation für das preussische Medizinalwesen hat unter Zuziehung von Vertretern der Ärztekammern über die Abnahme der Fortpflanzungsmöglichkeit verhandelt. Zunächst wurden fortlaufend amtliche Erhebungen über die Geburtsverhältnisse in den verschiedenen Bevölkerungsschichten gefordert. Dann aber wiesen die Referenten zu dem Thema auf eine Tatsache hin, die für den Geburtenrückgang ursächlich sei, nämlich auf die zunehmende Unterernährung der arbeitenden Klassen. Der Obermedizinalrat Prof. Dr. Dietrich, sicherlich kein Sozialdemokrat, sprach von der in vielen ländlichen Bezirken herrschenden mangelhaften Ernährung der Unterschichten, die eine Folge davon sei, daß die Bauern und Großgrundbesitzer die gute Milch in die Molkereien, Käsereien und in die Großstädte abgeben, und daß nur die minderwertige Milch als Volksnahrung zurückbleibe. Durch die verringerte Eiweiß- und Fettmengen würden die schwangeren Frauen in der Gesundheit geschädigt, und das Kind im Mutterleibe könne keine normale Entwicklung mehr nehmen. Wenn auch das Vorhandensein einer Unterernährung als Massenerscheinung bislang statistisch nicht nachweisbar sei, so spreche doch der Anschein dafür, daß die Ernährung auf dem flachen Lande nicht mehr ausreiche. Ein anderer Sachverständiger, Obermedizinalrat Dr. Pistor, ohne Zweifel ein staatsreuer Mann, wurde noch deutlicher. Er erblickte den Hauptgrund für die Abnahme der Geburten in der »fortwährend zunehmenden Verteuerung der Lebensführung, die durch die überwiegend im Interesse der unersättlichen und geldgierigen Agrarier ins Leben gerufene Gesetzgebung unaufhaltsam steigt.« Er fordert dann auch ganz folgerichtig als die wichtigste Maßnahme des Staates zur Hebung der Geburtenziffern, abgesehen von einer großzügigen Verbesserung der Wohnungs-, Verkehrs- und

Bodenverhältnisse, die Herabsetzung der Zölle auf die wichtigsten und unentbehrlichsten Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, kurz eine Änderung der agrarischen Gesetzgebung zugunsten der Gesamtbevölkerung. Und er bezeichnet als die erste Aufgabe des Staates, um der absichtlichen Verminderung der Geburten entgegenzuwirken, »die gerechtere Verteilung der Lasten auf die tragfähigen Schultern«. Das sei Anfang und Ende aller modernen Staatsweisheit.

Solche Ausführungen müssen dem Agrariertum natürlich sehr wider den Strich gehen. Sogleich erscheint auch die agrarische Presse auf dem Plane und sucht den Angriff abzuwehren, wobei sie gleichzeitig gegen die geplante Erbschaftsteuer Stimmung macht: »Der soziale Ausgleich ist das Mottowort der modernen politischen Welt geworden. Doch ist es bisher noch niemals gelungen, mit den Bestrebungen zum sozialen Ausgleich die Unzufriedenheit, die der eigentliche Grund der sozialen Massenverdrossenheit ist, aus der Welt zu schaffen. Im Gegenteil hat sich der von der Umsturzpartei beherrschten und aufgehetzten Masse ein hochgestiegenes Machtgefühl bemächtigt, das beinahe schon keine Grenzen mehr kennt. Trotz dieser Erfahrungen steht die Reichsregierung anscheinend im Begriff, aufs neue dem Phantom des sozialen Ausgleichs nachzujagen, obgleich ernste Zeichen der Zeit dringend zur Vorsicht und Einsicht mahnen. Es ist doch ohne weiteres klar, daß die Tendenzen des Malthus, die man bekämpfen will, durch eine auch das Kindererbe erfassende Steuer gerade gefördert werden. Die Familie ist der eigentliche Nährboden des Besitzes, die pflichtmäßige Sorge für die Kinder der stärkste Antrieb zum Streben nach Besitz und Vermögen. Nur schwer würden sich deutsche Eltern mit dem Gedanken befreunden, daß das, was sie mit ihrer Hände Arbeit für ihre Kinder schaffen, nicht auch ungeschmälert ihren Kindern zugute kommen soll. Es ist ernstlich zu befürchten, daß die Freude am Erwerb und Besitz ebenso sehr wie die Freude am Kinderreichtum beeinträchtigt werden kann, wenn die Bedingungen für beide andere werden als bisher. Und die Lebensverlängerung, der wir jetzt und zunächst allein noch unsere Volksvermehrung verdanken? Eine Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und Kinder würde den Spartrieb schwerlich fördern, vielmehr in vielen Fällen Verschwendung und überflüssigen Genuß und Luxus anregen. Die Kosten davon würde die Volkskraft, die Volkswirtschaft und die Gesamtlebensdauer zu tragen haben. So vereinigen sich soziale und ethische Momente zu einem ersten Menetekel gegen die allgemeine Erbschaftsteuer. Könnte durch sie der Sache des sozialen Ausgleichs wirklich gedient werden, dann nur auf Kosten unserer besten nationalen Lebensgüter und mit unwiederbringlichen Verlusten.« Das sind natürlich leere Redensarten, die die Selbstsucht der Reichen nur kümmerlich verhüllen. Man muß abwarten — oder eigentlich braucht man kaum im Zweifel zu sein —, welchen Kurs die preussische Regierung einschlagen wird, um das Bevölkerungsproblem zu lösen.

Selbstverständlich wirken außer den wirtschaftlichen Faktoren auch noch andere Momente auf dem Gebiete der Bevölkerungsfrage mit. Es ist ganz erklärlich, daß unter der aufgeklärten Arbeiterschaft diese Frage auch vom Gesichtspunkte des Klasseninteresses aus betrachtet wird. Tatsächlich zieht sich der Arbeiter, der heutzutage viele Kinder in die Welt setzt, lediglich Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt groß, die ihm den Existenzkampf erschweren und ihm eines Tages das Brot vor dem Munde wegnehmen. Abgesehen von der rein ideellen Freude hat der Arbeiter von seinen Kindern keinen Vorteil, und man kann es wohl verstehen, wenn er sich keine übermäßige Konkurrenz züchten will. Auch die Arbeiterfrauen sind immer weniger geneigt, Jahre hindurch als Gebärmaschine zu fungieren, und den Kapitalisten billige Arbeitskräfte zu liefern.

Wie man sieht, ist die von uns behandelte Frage eine sehr verwickelte, mit der sich die jetzige und auch noch die spätere Menschheit wird abzuquälen haben. Soviel steht aber schon heute fest: Will die moderne Kulturwelt das Problem der Bevölkerung lösen, so darf es dazu nicht nur guter wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse, sondern auch einer sachgemäßen Aufklärung und Erziehung. Die Menschen dürfen ihre Entwicklung nicht mehr dem Zufall und dem blinden Schicksalswalten überlassen, sondern sie müssen sie mit Bewußtsein, unter Kenntnis der natürlichen und sozialen Gesetze, nach einem bestimmten Plane handhaben. Auch auf dem Gebiete des Geschlechtslebens müssen sie zeigen, daß sie keine Tiere, sondern daß sie Kulturmenschen sind. Brutus.

Gesetz und Recht nach der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung.

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung hat sich eine »Juristische Beilage« zugelegt, in der der Scharfmacherwille nur noch ungebundener zum Ausdruck gelangen kann, als es schon früher bei den gelegentlich gebrachten Artikeln über Rechtsfragen geschah. Natürlich ist auch die neue juristische Beilage, »Gesetz und Recht« genannt, ganz auf die

Wünsche der Arbeitgeber-Zeitung zugeschnitten. Das ist an einem Artikel der Nummer 2: »Der Irrtum über die persönlichen Verhältnisse des Arbeiters beim Vertragsschluß« gleich überdeutlich zu erkennen. Da wird zunächst allerhand an »Mißverständnissen« erörtert, wor nur einseitig ein Vertragsabschluß angenommen wird:

»Zum Beispiel: Ein polnischer Arbeiter bringt in mangelhaftem Deutsch ein Gesuch um Arbeit vor; der Arbeitgeber versteht ihn schlecht und glaubt, er wolle eine Unterstützung, und schenkt ihm auch ein paar Pfennige. Der Arbeitnehmer glaubt aber, daß ihm ein Drangeld gegeben sei und kommt zur Arbeit. Oder: Beim Arbeitgeber spricht ein Arbeiter um Beschäftigung vor. Der Arbeitgeber, kein Freund von langen Worten, sagt zu ihm: »Gut, morgen um acht Uhr.« Damit meint er, daß sich der Arbeitnehmer um diese Stunde zur Arbeit einfinden soll. Der Arbeitnehmer glaubt dagegen, er solle am nächsten Tage zur angegebenen Stunde nochmals um Arbeit vorfragen, findet in der Zwischenzeit anderweitig Arbeit und erscheint nicht. In beiden Fällen ist zwischen Arbeitgeber und -nehmer ein Vertrag überhaupt nicht zustande gekommen, eine bindende Abmachung ist zwischen ihnen nicht erfolgt, deshalb kann weder der Arbeitgeber verlangen, daß der Arbeiter zur Arbeit erscheine, noch kann der Arbeitnehmer beanspruchen, daß er beschäftigt werde.«

Jedenfalls zeigen diese Beispiele, wie viel es auf Klarheit beim Abschluß von Arbeitsverträgen ankommt; denn in vielen Fällen wird bei solchen Mißverständnissen erst das Gericht zu entscheiden haben, ob nicht bloß eine nachher zu recht gelegte Ausrede vorliegt. Das schwant auch dem Schreiber des Artikels in der juristischen Beilage des Unternehmerblattes: er schreibt nämlich:

»Natürlich muß ein solcher Irrtum tatsächlich zwischen den Parteien vorgekommen sein. Es geht nicht an, daß der Arbeiter, dem vielleicht aus irgend einem Grunde seine Verpflichtung zur Arbeit leid wird, nun geradezu behauptet, er habe den Arbeitgeber falsch verstanden. Dies muß auch im Prozesse bewiesen werden, und es wird sich meistens im Einzelfalle durch die näheren Umstände feststellen lassen, ob der Arbeitnehmer tatsächlich den Arbeitgeber falsch verstanden hat, oder ob er nur eine faule Ausrede vorbringen will.«

Man beachte, wie hier die Böswilligkeit am Arbeitnehmer exemplifiziert wird; die Unternehmer stehen ja auch wohl nach ihrer »übergangenden« Stellung viel zu hoch, um da als Beispiel dienen zu können! Weiter wird dann der Irrtum bei einem tatsächlich zustande gekommenen Arbeitsvertrag behandelt:

»Nehmen wir an, daß tatsächlich ein Vertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zustande gekommen, so kann sich doch nachträglich herausstellen, das sich der eine der vertragschließenden Teile über Umstände, welche die andere Vertragspartei betreffen, im Irrtum befunden hat. Z. B.: der Arbeitgeber engagiert einen Mann, weil er glaubt, es sei der ihm empfohlene Arbeiter A.; es handelt sich aber um den Arbeiter B., der allerdings nichts von dieser Verwechselung weiß. Oder: der Arbeitgeber glaubt, daß der von ihm engagierte Arbeiter bestimmte Fachkenntnisse besitzt, während sich hinterher herausstellt, daß dieser nur ein ganz gewöhnlicher Tägelöhner ist. Oder es wird ein Mann angestellt, da der Arbeitgeber des Glaubens ist, er bedürfte noch einer Hilfskraft, während in Wirklichkeit genügend Arbeitskräfte vorhanden sind. Oder: der Arbeitgeber geht mit verschiedenen Personen längere Arbeitsverträge ein, weil er auf größere Aufträge hofft, die sich später nicht realisieren.«

Dann wird gefragt: »In welchem Falle darf der Arbeitgeber einen solchen Vertrag rückgängig machen? Muß er eine Entschädigung bezahlen oder kann er ohne Geldleistung den Arbeiter entlassen?« Und es wird unterschieden: »Soweit sich der Irrtum beim Arbeitsvertrag nur darauf bezieht, daß sich der Arbeitgeber nicht über die Person und ihre Eigenschaften irrt, sondern nur über den Zweck der Einstellung (Meinung, die Arbeitsplätze seien noch nicht sämtlich besetzt; Erwartung von Aufträgen), bleibt er an seinen Vertrag gebunden, auch wenn sich seine Erwartungen nicht erfüllen, oder wenn sich herausstellt, daß er sich in der Zahl der einzustellenden Arbeiter geirrt hat.« Dies wird noch an Beispielen aus anderen Rechtsgebieten erläutert. »Anders liegt der Fall,« so geht es dann weiter, »wenn es sich um einen Irrtum in der Person oder in einer Eigenschaft dieser Person handelt. Hier kann dann die Engagementserklärung und damit der ganze Vertrag angefochten werden, wenn es sich um einen Irrtum über solche Eigenschaften einer Person handelt, welche der Verkehr als wesentlich ansieht. Also, wenn der A. statt des B. angestellt wird, oder wenn der vermeintliche Mechaniker sich nachträglich als gewöhnlicher Tägelöhner herausstellt, oder wenn der Arbeiter erhebliche Vorstrafen aufzuweisen hat, welchem eine Vertrauensstellung eingeräumt werden soll. Immer muß es sich aber um eine Eigenschaft handeln, welche im Verkehr als wesentlich gilt und welche dem andern Vertragspartei vor Abschluß des Vertrages nicht bekannt gewesen ist. So wird man z. B. bei einem Grubenbetriebe einen Vertrag mit einem Grubenarbeiter nicht nachträglich anfechten können, weil sich herausstellt, er sei Katholik, während man einen Protestant anstellen wollte, denn diese

Eigenschaft wird im Verkehr der Grube nicht als wesentlich angesehen werden. Anders wäre zu entscheiden, wenn es sich um einen Hauslehrer handeln würde. Ebenso steht es bei körperlichen Fehlern. Ein Ziseleur in einer Silberwarenfabrik kann nicht deshalb entlassen werden, weil sich nachträglich herausstellte, daß er hinkt, während die gleiche körperliche fehlerhafte Beschaffenheit bei einem Kutscher oder einem Laufburschen als Anfechtungsgrund gilt.«

Vor den Gewerbegerichten, die die betreffenden Klagen zu verhandeln haben, würden ja alle diese Schmerzen wenig Beachtung finden. Alleweil ist es doch noch so, daß sich der Unternehmer vorher zu unterrichten hat, wenn er einen Arbeiter mit genau bestimmten Fähigkeiten oder anderen Eigenschaften anstellen will. Es hat früher Aufsehen erregt, als einmal ein Mietsvertrag für ungenügend erklärt wurde, weil sich der Hausbesitzer vorher nicht klar war, daß er es bei dem Mieter mit einen Sozialdemokraten zu tun hatte. Was im Verkehr wesentlich war, kam da auf den Umstand hinaus, was den Hausagrarier wesentlich schien! Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung zieht in ihrer juristischen Beilage die Konsequenzen aus solcher Judikatur für das ganze Arbeitsverhältnis, was zu den ungeheuerlichsten Zuständen führen könnte, in dem Aufsatz »Gesetz und Recht« heißt es weiter:

»Hier würde nur die wichtige Frage zu erörtern sein, ob die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei für im Verkehr als wesentlich angesehen wird. Eine gerade auf diese einzelnen Fälle zugespitzte Frage konnte in der Rechtsprechung nicht gefunden werden.«

Es heißt dann, die Frage sei auch nicht leicht zu beantworten. Darum wird tiefgründig untersucht. Es ist ja für die Arbeiter nichts neues, daß ihre Eigenschaft als Parteizugehörige, versteht sich als Sozialdemokraten, von den Unternehmern anders taxiert wird als der Umstand, ob einer als Katholik etwa in den Fachabteilungen angehört. Denn von der sozialdemokratischen Gesinnung schließt der Unternehmer leicht auf die Gewerkschaftszugehörigkeit des Arbeiters, und die freien Gewerkschaften sind der Mehrzahl der Unternehmer eine »unerwünschte Erscheinung«. Darum wird schlankweg »festgestellt«:

»Sicher erscheint, daß die ausgesprochene Parteizugehörigkeit als eine wesentliche Eigenschaft der betreffenden Person zu gelten hat.«

Nachdem dies pro primo festgelegt, wird eine Unterscheidung gemacht zwischen den Arbeitern, »welche sich einer Parteiorganisation angeschlossen haben und deren Anschauungen persönlich verfechten«. Diese Hallunken gehören zu den Verdammten. Dagegen wird das »Mitlaufen« nicht als »wesentliche Eigenümllichkeit« gewertet und gnadenvoll ausgeschieden. Und nun der für die sozialistischen und gewerkschaftsscheuen Scharfmacher erfreuliche Nutzeffekt:

»Wollte der Arbeitgeber einen Arbeiter einer bestimmten Richtung nicht einstellen und hat er infolge eines Mißverständnisses die ausgesprochene Parteizugehörigkeit des Arbeiters falsch beurteilt, so ist er berechtigt, den Arbeitsvertrag anzufechten. Allerdings muß sich der Arbeitgeber tatsächlich über die Parteizugehörigkeit im Irrtum befunden haben. Der Arbeitgeber, welcher z. B. nur Arbeiter, welche den katholischen Fachverbänden angehören, einstellen will, erhält auf die Frage, welcher politischen Partei der Arbeitnehmer angehört, die Antwort, er gehöre dem Holzarbeiterverband an. Der Arbeitgeber glaubt, es handle sich um einen katholischen Fachverein, während dies in Wirklichkeit nicht der Fall gewesen ist. Hier liegt ein Irrtum vor, der zur Anfechtung des Vertrages berechtigt.«

Das wären wirklich liebliche »irrtümliche« Ausreden für die Arbeiter, wenn nicht ein Haken bei der Sache wäre. Des Lebens ungemischte Freude wird nun einmal keinem Scharfmacher zuteil; und es wird schleunig eine »Lücke« im Gesetz ausgefüllt werden müssen, wenn ganze Arbeit gemacht werden soll. Denn — leider, leider, werden die Scharfmacher sagen — muß der Unternehmer dem Arbeiter den Schaden ersetzen, wenn er aus den erörterten Gründen vom Vertrage zurücktritt. Etwas kleinlaut und gedrückt heißt es am Schlusse des Artikels der juristischen Beilage des Scharfmacherblattes:

»Der Anfechtende hat immerhin die Möglichkeit gehabt, sich über alle Punkte, welche für ihn von Interesse sind, zu informieren. Da er sich somit nicht genau über jeden einzelnen Punkt informiert hat, muß er auch den Schaden tragen. Er hätte sich aber vorher nach den körperlichen Eigenschaften, nach den persönlichen Verhältnissen der einzustellenden Person erkundigen können; tat er das nicht, so muß er auch die Konsequenzen auf sich nehmen.«

So bleibt denn den Unternehmern dieser Erdengrest, zu tragen peinlich. Dieser Umstand gibt uns die Gewähr, daß dieses herausgeklauete »Recht« doch nur in geringen Fällen praktisch werden könnte, denn sollen die Unternehmer den Schaden tragen, so werden sie sich doch wohl lieber mit der langen Nase, den roten Haaren oder der roten Gesinnung ihrer Arbeiter abfinden, wenn's auch schwer hält.

Und das ist der Humor an der Sache. Bezeichnend ist es aber für die Begriffsverwirrung im Scharfmachertum, daß die Beilage der Deutschen Arbeitgeberzeitung, in der solche Ideen eine Ablagerungsstätte finden, »Gesetz und Recht« getauft worden ist!

W. H.



Allgemeines.

Tell für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Merkblatt



für die Einstellung und Ausbildung von Lehrlingen in lithographischen Anstalten und Steindruckereien.

Technik der Lithographie und des Steindrucks.

Lithographie und Steindruck wurden im Jahre 1796 durch Alois Senefelder in München erfunden, der am 6. November 1771 zu Prag geboren wurde und am 26. Februar 1834 zu München starb.

Die Lithographie ist ein Verfahren zur manuellen Übertragung von Zeichnungen, Gemälden usw., die vervielfältigt werden sollen, auf die Druckplatte, den sogenannten Lithographiestein, der hauptsächlich aus kohlen-saurem Kalk besteht.

Der Lithograph überträgt das zu vervielfältigende Original mit der fetthaltigen Lithographietusche auf die glattgeschliffene Kalksteinplatte, wobei Halbtöne und Schattierungen durch feinere oder kräftigere Punkt- oder Strichlagen erzeugt werden. Die Übertragung kann auch mit der ebenfalls fetthaltigen Lithographiekreide auf die feingekörnte Platte erfolgen, wobei sich Halbtöne und Schattierungen in derselben Weise erzeugen lassen wie bei einer Kreidezeichnung auf Papier. Endlich kann auch die Übertragung durch Einritzen der Zeichnung mit einer scharfgeschliffenen Stahlspitze in Holzfassung (Nadel, Schaber) oder mit dem Gravurdiamanten in die blankpolierte Platte erfolgen, die dann mit Öl überzogen wird, das auf die Politur des Steins wirkungslos bleibt, während es sich in den Ritzen der Gravrur mit dem Stein verbindet. Das Fett der Tusche und Kreide oder das Öl verbinden sich chemisch mit dem kohlen-sauren Kalk des Steins zu fettsaurem Kalk. Bei farbigen Originalen wird jede einzelne Platte in einem der genannten Verfahren auf eine besondere Steinplatte übertragen.

Der Steindruck ist ein Flachdruckverfahren, das in der Hauptsache auf den chemischen Eigenschaften des Lithographiesteins und auf dem Gegensatz von Fett und Wasser beruht.

Der Steindruckler ätzt nach der Fertigstellung der lithographischen Tusch- oder Kreidezeichnung die Platte mit einer Mischung von Arabin- und Salpetersäure (Gummilätze), die auf dem fettsauren Kalk der Zeichnung wirkungslos bleibt, während sie sich mit dem kohlen-sauren Kalk der freien Stellen der Platte zu gummisaurem Kalk verbindet. Dieser nimmt Wasser willig an, das vom fettsauren Kalk abgestoßen wird. Nach dem Überwischen der Platte mit einem feuchten Lappen wird sie mit fetthaltiger Druckfarbe überwalzt, die nur auf den fettsauren, wasserfreien Stellen des Steins (also der lithographischen Zeichnung), nicht aber auf den gummisauren, feuchten Stellen haftet. Sodann wird ein Bogen Papier in der Steindruckpresse unter starkem Druck auf die Platte gepreßt, wodurch die Zeichnung auf das Papier übertragen wird. Vor jedem Abdruck wird die Platte erneut gefeuchtet und mit Farbe überwalzt. — Gravurplatten werden nicht geätzt; die Politurmasse (Kleesalz und Gummi arabicum) löst dieselben Wirkungen auf den kohlen-sauren Kalk aus wie die Gummilätze. Die polierte Fläche nimmt das Wasser an, das das Haften der Farbe verhindert, während die politurfreien und mit Öl behandelten gravierten Stellen der Zeichnung Wasser abstoßen und Farbe annehmen. — Bei Lithographien in mehreren Farben wird eine Farbe nach der anderen auf den Papierbogen abgedruckt.

Für den Druck in der Schnellpresse werden von den Originalsteinen Fettabdrücke auf präpariertes Papier gemacht, in geeigneter Weise zusammengestellt und auf den großen Ma-

schinenstein übertragen, der in derselben Weise wie ein Originalstein präpariert wird, worauf der Auflagendruck beginnt.

Entwicklung der Lithographie und des Steindrucks.

Gegenüber dem Holzschnitt, bei dem die Zeichnung erhaben aus der Holzplatte herausgearbeitet, und gegenüber dem Kupferstich oder Stahlstich, bei dem sie in die Druckplatte eingraviert werden muß, ist also die lithographische Technik verhältnismäßig einfach. Außerdem gewährt die Lithographie in viel höherem Grade als Holzschnitt oder Kupfer- und Stahlstich die Möglichkeit, jede Farbnuance des zu kopierenden Originals genau wiederzugeben. Infolgedessen hat sie sich unter allen manuellen Reproduktionsverfahren den ersten Platz errungen und Holzschnitt, sowie Kupfer- und Stahlstich weit überflügelt.

Sie machte es möglich, durch die kunstgewerbliche Ausgestaltung der Drucksachen für den täglichen Bedarf und durch die getreue Nachbildung von Werken der bildenden Künste das Volk der Kunst näher zu bringen und das Verständnis für die Kunst zu wecken und zu fördern. Auf diese Weise übte sie einen bedeutenden kulturfördernden Einfluß aus.

Infolge dieses Wirkens gelangten Lithographie und Steindruck zu hoher Blüte und großem Ansehen. Besonders wurden die lithographischen Erzeugnisse Deutschlands, des Stammlandes dieses Vervielfältigungsverfahrens der ganzen Welt berühmt. Die Unternehmungen vermehrten sich und dehnten sich aus. Die Zahl der Arbeitskräfte stieg ständig.

Damit ging eine fortwährende Steigerung der Arbeitsteilung parallel. War früher jeder Lithograph sein eigener Drucker oder umgekehrt, so trat schon in den ersten Stadien dieser Entwicklung eine Scheidung der Arbeitskräfte in Lithographen und Steindrucker ein. Bald schied sich auch die Lithographie selbst in zwei große Zweige: die Merkantil-lithographie, die im wesentlichen der Herstellung von Zeichnungen, Fabrikansichten, Briefköpfen, Geschäfts- und Visitenkarten usw. in einer oder einigen Farben dient; die Chromolithographie, in der farbige Originale, wie Ölgemälde, Aquarelle usw. vervielfältigt werden. In beiden großen Zweigen entwickelte sich ebenfalls ein ausgedehntes Spezialistentum, so daß eine Arbeit selten von einer Arbeitskraft vollständig fertiggestellt wird, sondern in der Merkantil-lithographie schon eine einfache Visitenkarte, in der Chromolithographie die einzelne Farbplatte oft durch mehrere Hände geht. Dieses Spezialistentum bildete sich auch unter den Steindruckern heraus: der Andrucker macht die ersten Probeabzüge chromolithographischer Arbeiten; der Schwarzdrucker macht vom Originalstein Fettfarbenabdrücke für den Überdruck auf den Maschinenstein; der Maschinenmeister überwacht den Druck der Auflagen in der Maschine.

Auch unter den Betrieben entwickelte sich eine gewisse Spezialisierung, zunächst ebenfalls in Merkantil- und Chromodruckereien. Von letzteren wandten sich wieder einzelne nur der Herstellung von Plakaten, andere der Fabrikation von Glückwunsch- oder Postkarten, wieder andere der Produktion von Abziehbildern für Keramik usw. zu. Daneben entwickelte sich ein ausgedehntes Zwischenmeister-tum, besonders in der Lithographie in der Gestalt der sogenannten Privat-lithographien, aber auch im Steindruck durch die Begründung sogenannter Lohndruckereien, die nicht mehr direkt für den Besteller, sondern für andere Betriebe des Gewerbes arbeiten.

Durch die Verbindung der Lithographie mit photomechanischen Verfahren haben sich in den letzten Jahren neue Vervielfältigungsarten entwickelt.

Vorbedingungen für die Erlernung des Berufs.

Für die Vorbedingung zur Erlernung der Lithographie oder des Steindruckgewerbes sind zwischen dem Schutzverbände deutscher Stein-

druckereibesitzer und dem Verbands der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe folgende Vereinbarungen getroffen worden:

1. Der einzustellende Lehrling soll auf seine geistige und körperliche Befähigung durch den Prinzipal oder seinen Stellvertreter geprüft und von einem Arzt untersucht werden. Die Kosten der ärztlichen Untersuchung trägt der Prinzipal. Besondere Sorgfalt ist dabei auf die Untersuchung der Augen zu verwenden, wobei sowohl die Sehkraft als die Fähigkeit, Farben richtig zu sehen, geprüft werden muß. Bei der Untersuchung ist dem Arzte das Merkblatt vorzulegen, damit er die körperlichen Eigenschaften, welche der Beruf erfordert, daraus entnehmen kann.
2. Für den Maßstab der geistigen Befähigung dienen die Schulzeugnisse der letzten Jahre, wobei auch auf das sittliche Betragen zu sehen ist. Für Lithographen-Lehrlinge ist in erster Linie eine besondere zeichnerische Befähigung erforderlich.
3. Als Lehrlinge, welche Steindrucker werden wollen, sind nur solche mit normaler Körperbeschaffenheit geeignet.
4. Die Lehrzeit für Lithographen und Steindrucker beträgt in der Regel vier Jahre. Bei Lithographenlehrlingen ist eine dreijährige Lehrzeit dann zulässig, wenn der Betreffende bei Eintritt in die Lehre älter als 16 Jahre ist und eine höhere zeichnerische Ausbildung genossen hat.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Ausgelernten.

Hat ein Lehrling seine Lehrzeit, die nicht länger als vier Jahre betragen darf, absolviert, dann gilt er als Gehilfe.

Als solcher bezieht er auf Grund der Vereinbarungen zwischen dem Schutzverbände deutscher Steindruckereibesitzer und dem Verbands der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe Deutschlands vom 27. Januar 1912 einen Wochenlohn als Anfangs-Mindestlohn, der zwischen 20,50 Mk. und 24 Mk. je nach Größe der Städte beträgt.

Die Arbeitszeit wurde für Lithographen auf 48, für Steindrucker auf 53 Stunden wöchentlich festgesetzt. Überzeitarbeit wird an Wochentagen mit 25 Proz., an Sonntagen mit 50 Proz. Zuschlag zum regulären Lohn entschädigt. Gesetzliche und vom Arbeitgeber angeordnete Feiertage werden bezahlt.

Im übrigen sind auch für die Ausgelernten die Vereinbarungen betreffend Lohn- und Arbeitsbedingungen im deutschen Lithographie- und Steindruckgewerbe zwischen dem Schutzverbände der Steindruckereibesitzer und dem Verbands der Gehilfen des Gewerbes vom 27. Januar 1912 maßgebend. Sie müssen wie von den Prinzipalen und Gehilfen überhaupt auch von den Jungausgelernten in jeder Hinsicht respektiert und eingehalten werden.

Berlin, den 10. Dezember 1912.

Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer.
Kommission der Leipziger Nichtschutzverbandsfirmen.
Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe.

Was willst Du werden?

Unter diesem Titel gab der Prinzipal-Verein „Senefelder“ zu Hamburg eine kleine Flugschrift heraus, durch deren Verbreitung er Propaganda für die Erlernung der Lithographie, des Steindrucks und der photomechanischen Reproduktionsverfahren zu machen versuchte. Natürlich werden in diesem auf Lehrlingsgang berechneten Schriftchen die Berufsverhältnisse im rosigsten Lichte dargestellt, so daß sich unsere Hamburger Verbandsmitgliedschaft veranlaßt sah, diese Darlegungen auf ihren wahren Wert zurückzuführen und der Öffentlichkeit über die Aussichten, die sich dem unser Gewerbe Erlernenden eröffnen, klaren Wein einzuschänken. Das geschah durch folgenden im „Hamburger Echo“ veröffentlichten Aufruf:

An die Eltern und Vormünder der Konfirmanden!

Was willst Du werden? beileist sich eine kleine Schrift, die vom Prinzipalverein Senefelder zur Verteilung an die Konfirmanden gelangt ist. In dieser

Schrift werden die einzelnen graphischen Berufe wie Steindruck, Lithographie, Chemigraphie und Lichtdruck einer Besprechung unterzogen und den Schülernlassen zur Erlernung empfohlen. Der Prinzipalverein Senefelders, als Interessensvertreter der Besitzer lithographischer und chemigraphischer Anstalten, hat selbstverständlich ein Interesse daran, daß sich möglichst viel Lehrlinge zur Erlernung dieser Berufe finden. Es ist deshalb erklärlich, daß die Schäden und die ungünstige Lage dieser Berufe in der Schrift nicht erwähnt werden. Im Interesse derjenigen Eltern und Vormünder, die beabsichtigen, ihre Söhne oder Pflegebefohlenen in einem der genannten Berufe in die Lehre zu geben, halten wir uns für verpflichtet, einiges über die Verhältnisse in den einzelnen Berufen mitzuteilen. Die lithographischen Anstalten und Lichtdruckereien waren bis zum Jahre 1908 verhältnismäßig gut beschäftigt, sind aber nachher durch die Schutzpolitik schwer getroffen. Die Zölle auf Erzeugnisse des lithographischen Gewerbes haben zum Teil eine derartige Steigerung erfahren, daß es unmöglich ist, heute noch für das Ausland in dem Maße produzieren zu können. Der inländische Markt ist aber als Absatzgebiet viel zu klein, um auch nur einigermaßen volle Beschäftigung bieten zu können. Die Folge davon ist, daß diese Berufe seit Jahren immer mehr zurückgehen und eine ständige große Arbeitslosigkeit vorherrscht. Diese drückt naturgemäß auch auf die Löhne, die in den letzten Jahren trotz der Teuerung zum Teil nicht nur nicht gestiegen, sondern teilweise sogar noch gefallen sind. Während früher für Lithographen und Steindrucker die höchsten Löhne bezahlt wurden, stehen diese heute weit hinter andern Berufen zurück. Groß ist die Zahl derjenigen, die infolge dieser ungünstigen Verhältnisse in den letzten Jahren den Beruf verlassen haben, weil es ihnen unmöglich war, Stellung zu finden. Ein großer Prozentsatz der Ausgehenden geht alljährlich kurze Zeit nach der Lehre bitter enttäuscht vom Beruf ab. Dies gilt sowohl für Lithographen und Steindrucker als auch für Lichtdrucker.

Es wird nun in der Schrift gesagt, daß sich ein Steindrucker mit verhältnismäßig kleinem Kapital selbständig machen kann. Verschwiegen wird aber, daß eine kleine Steindruckerei in keiner Weise konkurrenzfähig ist, zur Errichtung einer solchen vielmehr ein sehr großes Kapital gehört. Ähnlich verhält es sich mit der Existenz eines Zimmerlithographen; diese Zwischenmeister, von denen es in Hamburg bereits eine Unmenge gibt, drücken durch das Überangebot die Preise immer mehr, so daß diese nur bei einer überlangen Arbeitszeit existieren können. Den Unternehmern ist ein solcher Zustand natürlich ganz angenehm, weil sie dadurch ihre Lithographien bedeutend billiger erhalten, als wenn sie selbst Gehilfen beschäftigen. Bei der Wahl eines Berufs ist aber vor allem auf die gesundheitlichen Gefahren Rücksicht zu nehmen. Hier sieht es nun bei den Angehörigen der graphischen Berufe besonders schlecht aus. Ist doch sogar dem Chefarzt einer Landesversicherungsanstalt die Häufigkeit der Lungenschwindsucht bei den Lithographen und Steindruckern aufgefallen. Von den in den Jahren 1905 bis 1910 verstorbenen 724 Berufsgenossen sind allein 291 dieser rückischen Krankheit zum Opfer gefallen, das sind 40 Proz. aller Verstorbenen. Über 5 Proz. der Verstorbenen haben durch Selbstmord geendet. Sollte das vielleicht ein Beweis der gesicherten Existenz sein? Nach dem Gesagten dürfte wohl jeder einsehen, daß die genannten Berufe nicht zu den empfehlenswerten gehören. Wir möchten deshalb die Eltern und Vormünder dringend ersuchen, bevor sie ihre Kinder und Pflegebefohlenen in diese Berufe in die Lehre geben, genaue Erkundigungen einzuziehen.

Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe.

Zur Sammlung.

Wenn wir einen Rückblick nach dem Verlauf unserer letzten Bewegung versuchen und in Verbindung damit jene Auchkollegen betrachten, die uns in den Rücken gefallen sind, so mag es für jeden ganz selbstverständlich erscheinen, wenn sie jetzt auch ihrem Verhalten entsprechend von uns behandelt werden. Wer aber unsere gegenwärtige Lage ohne Binde vor den Augen betrachtet, dem zwingt sich ohne weiteres die Überzeugung auf, daß es in dieser Hinsicht wie bisher unmöglich weitergehen kann.

Mag auch die Handlungsweise derartiger Elemente noch so verabscheuungswürdig sein, so fragt es sich immerhin, ob es nicht klüger sei, die Wunden, die sie uns mit schlagen halfen, nun als Überheilt zu betrachten. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß der Weizen unserer Unternehmer von jeher umso üppiger blüht, als die Kollegen sich untereinander bekriegen, gerät man bei Weiterbefolgung unserer bisherigen Methode in eine Lage, die manche häßliche Gegenwirkung auszuüben vermag. Es kann dahingestellt bleiben, inwieweit man derartige Schlüsse ziehen will, auf keinen Fall dürfen wir außer acht lassen, daß diese früheren Kollegen in der Lage sind, uns durch Wühlen hinter unserm Rücken zweifellos einigen Schaden zuzufügen. Und in der Tat macht sich innerhalb mancher Geschäfte eine geradezu unheimliche Schwüle bemerkbar, die

nicht zuletzt auf das Konto jener Maulwürfe zu setzen ist. Ganz begreiflich ist es zwar, wenn ein früherer Kollege, der jetzt voller Verachtung von uns gänzlich unbeachtet bleibt, sich zu jener Seite schlägt, die ihm bisher vielleicht noch fremd geblieben war; besonders verständlich aber erscheint das bei denjenigen, die erst nach Abschluß unserer Bewegung ausgetreten sind und den Streikbrechern gleich behandelt werden.

Hier muß unter allen Umständen eine gerechtere Auffassung Platz finden, denn gar zu verschiedener Art sind die Fälle, als daß wir alles in einen Topf werfen dürfen. Es mag in anderen Zeiten angebracht sein, unsern Standpunkt ganz energisch zu vertreten; im vorliegenden Falle aber dürfen wir uns nicht wundern, wenn rücksichtsloses Draufgehen auch seine Schlagschatten wirft. Es muß schon als Beweis eines sehr getrüben Blickes angesehen werden, wenn in Mitgliedschaften beispielsweise Beschlüsse gefaßt werden, Grund deren diese nachher Ausgetretenen auf dieselbe Stufe gestellt werden mit jenen, die uns in den Rücken gefallen sind. Schreiber dieses findet eine derartige Stellungnahme ganz und gar nicht in der Ordnung und wenn nicht alle Anzeichen trügen, auch verhängnisvoll. Es sprechen hier Momente mit, denen wir ganz entschieden unsere Beachtung zuwenden müssen, und wir haben alle Veranlassung, uns darüber klar zu werden, ob wir im Widerstreit der Meinungen nicht geradezu alle Begriffe verwechseln.

Wenngleich man geteilter Meinung darüber sein kann, ob dieser oder jener der nachher Ausgetretenen aus mancherlei Gründen überhaupt nicht mehr zu uns kommen wird, so muß für diese doch immer der Beweis noch erbracht werden, ob sie bei einer kommenden Bewegung sich tatsächlich als das entpuppen werden, als was wir sie schon jetzt betrachten. Wir sollten nicht vergessen, daß auch Nichtmitglieder sich sehr oft solidarisch erklären, in einzelnen Fällen sogar ohne einen Pfennig Unterstützung zu beanspruchen. Und welche ein ansehnlicher Prozentsatz derer, die uns 1906 in den Rücken gefallen sind, hat diesmal an unserer Seite gekämpft und vielleicht nicht einmal am schlechtesten. Dann darf man sich über die Tatsache auch nicht hinwegtäuschen, daß es nicht wenige sind, die ihre unselige Tat auch jetzt schon bereuen, und auf die Gelegenheit warten, ihre Schuld auch abzutragen. Und wer wollte nicht mit der Möglichkeit rechnen, daß auch ältere Sünder sich noch zu uns bekehren könnten? Auszuschalten sind hier allerdings solche Kreaturen, die ihr Handwerk notorisch betreiben; derartige Pflanzen hat es von jeher gegeben und wer weiß, ob diese je auszumurzeln sein werden.

Gewiß, Theorie und Praxis sind zwei grundverschiedene Dinge, aber der Gedanke muß sich ganz verschiedene Bahn brechen, daß bei einigermaßen gutem Willen auch beide in Einklang zu bringen sind. Wir brauchen uns jenen Leuten durchaus nicht an den Hals werfen, aber wenn der Hochmut unserer Unternehmer nicht noch andere Formen annehmen soll, können wir nicht umhin, unsere Ansichten einer entschiedenen Revision zu unterziehen.

Was uns auch ferner sehr nottut, ist die Erziehung jener Kollegen, die da glauben, die geschädigte Lage insofern für sich ausnutzen zu dürfen, als sie ihre Beitragsreste in geradezu unverschämter Weise anwachsen lassen. Meist sind es Leute, die niemals verstanden haben, in ihren Einnahmen und Ausgaben annähernd gleichen Schritt zu halten. Alle Schuld wird da auf Schicksalsschläge abgewälzt, und wenn man näher hinsieht, langt ihr Geld auf alle möglichen und unmöglichen Sachen, nur niemals darauf, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Wehe aber dem Kollegen, der sich unterfangen sollte, solche Beitragsrestanten auf diese Verpflichtungen hinzuweisen. Letztes Endes fühlen sie sich schwer gekränkt und meinen, sich ihrer »Widersacher« am leichtesten dadurch entledigen zu können, daß sie die Mahner auf den »Kehricht vor der eigenen Tür« verweisen. Dabei haben gerade diese restierenden Kollegen noch meistens bewiesen, daß sie sich für Organisationsfragen blutwenig interessieren, und nur zu finden sind, sobald es heißt, ihre Kassenansprüche geltend zu machen. Geradezu als unverständlich wird es dann von ihnen empfunden, sollte sich der Vertrauensmann erlauben, im Krankheits- oder Arbeitslosenfall restierende Marken in Abzug zu bringen. In unvorhergesehenen Fällen stehen solche Kollegen dann noch vor der traurigen Tatsache, den Prinzipal um Vorschuß bitten zu müssen, was Dank der augenblicklichen Lage wohl meistens ohne Erfolg sein wird.

Ist letzteres schon an sich ein heikles Thema, so wird es durch die geschädigten Verhältnisse zu einer durch nichts gerechtfertigten Handlungsweise gestempelt, die ganz entschiedenen Widerspruch hervorruft muß. Wenn mancher Kollege sich vorher richtig bewußt wäre, was für Karten er damit aus seiner Hand gibt, er würde wohl meist vor der Kontortüre noch umkehren. Wir sollten wirklich nicht vergessen, daß wir alles, was nach Wohltat aussieht, absolut nicht nötig haben, wenn wir uns mitunter eines besseren Haushaltens befleißigen würden. Und schließlich fühlt sich doppelt frei, wer pekuniär sich so gestellt hat, daß ihn auch eine Welle des Alltags nicht allsogleich zu überfluten droht.

Männer sein, das sei vor allem die Parole. Und wenn sich jene Kollegen einmal überlegen wollten,

die da nach kurzer Abwesenheit aus einer Firma schon nach Wodten wiederkommen, welche unendlichen Schaden sie damit sich selbst und anderen zufügen, wirklich, es wäre uns viel, sehr viel geholfen.

Auf dieser Basis uns zu sammeln, Kollegen, das sei unser fester Entschluß. Dann kann ein Erfolg um so weniger ausbleiben, als wir damit ein gut Teil der Fesseln ablegen, die einen besseren Erfolg bisher nicht möglich machten. Und wenn diese Zeiten dazu führen, manchen unserer Kollegen zum Nachdenken zu veranlassen, so haben sie in vollem Maße ihren Zweck erreicht. W.

Der Peter in der Fremde!

»Der Peter will niet länger bleib'n,
Er will mit G'walt fort in die Fremd',
Sei Mutter möcht's wohl hintertreib'n,
Ach, wenn sie 's doch nur machen könn't!
So fängt ein altes Gedicht des Nürnberger Volksdichters J. K. Gröbel an, das zu unserer Freude auch in einem von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend herausgegebenen, prächtigen Jugend-Kalender für 1913 in hochdeutscher Sprache einen Platz gefunden hat, den es verdient, da es für alle Zeit passend ist.

Wir haben in unserer langjährigen kollegialen Tätigkeit schon so manchen »Peter in der Fremde« kennen gelernt! Mancher junge Kollege ist kaum von Müttern weg und kehrt bald wieder zu Müttern zurück, genau so wie der Peter im Gröbelschen Gedicht, von dem es am Schluß in dem »etwas unangenehmen breiten« Nürnberger Dialekt wie Goethe sagte — heißt:

»Die Mutter sagt: I dank' in Himm'l!
Er is doch g'sund öiz wieder dau;
Er su hob' i'n doch ba mir, den Lämm'l,
I laug'n 's niet, bin herzil' frauh'.
Doch Spaß bei Seite! Dieses baldige Wiederzusammensein hat auch eine recht ernste Seite!

Schreibt z. B. solch ein Peter in der Fremde in ganz kurzer Zeit wieder an seinen früheren »Brother« und bietet seine Dienste wieder für den gleichen Sold an, den er früher hatte, so muß auch unbedingt beim Unternehmer die Meinung auftauchen, daß bei ihm »der Himmel auf der Erden« ist, und alle froh sein können, daß sie nur bei ihm arbeiten dürfen! Auch auf die heranwachsenden Kollegen, denen nur immer wieder empfohlen werden kann, doch nach der Ausleure in die Fremde zu gehen, macht es gerade keinen vorbildlichen und aufmunternden Eindruck, wenn ein Peter nach dem ändern in kurzer Zeit wieder an das Schürzenband der Mutter zurückkehrt. Besonders aber dürfte es in punkto Lohn und Arbeitsbedingungen für die gesamte Kollegenschaft nicht nützlich sein, wenn es immer wieder solche junge oder alte »Peter in der Fremde« gibt. Diese erste Seite sollte jeder Kollege bei seiner Handlungsweise bedenken! S.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Der Zudrang zum Lithographenberuf.

III.

Man würde sich arg täuschen, wollte man annehmen, daß wir es in dem unverantwortlichen Vorgehen der Dresdner Unternehmer in der Lehrlingswerbung, das wir im II. Artikel gebührend gekennzeichnet haben, mit einer Ausnahmeerscheinung in unserm Berufe zu tun hätten. In jenem Vorgehen hat man nämlich nur einen einzelnen Ausdrucks eines Systems zu sehen, das unter den Schutzverbändlern in jüngster Zeit allgemein gepflegt wird. Wer das Tun und Treiben unser Unternehmer aufmerksam beobachtet, dem kann es gar nicht entgehen, daß diese Herren jetzt in allen Orten in der verschiedensten Art und Weise in der Öffentlichkeit Stimmung für die Erlernung unseres Berufes zu machen suchen.

Bei dieser unlauteren Stimmungsmache scheuen diese Herren sogar nicht davor zurück, die Schulen und andere öffentliche Einrichtungen zu mißbrauchen. Schon vor drei Jahren brachte das Schutzverbandsblatt unter der Überschrift: *Ein beachtenswertes Vorgehen in der Lehrlingsfrage*, die Ankündigung, daß sich der Verein Berliner Rektoren bereit erklärt hätte, durch die Lehrer die Lehrlingswerbung unter den älteren Schülern betreiben zu lassen. Auch die nötige Einwirkung auf die Eltern der Schüler wolle dieser Verein durch eine entsprechende Broschüre besorgen. Dem Schutzverbandsblatt bereitete es damals natürlich großes Entzücken, daß es diese »Errungenschaft« seinen Lesern mitteilen konnte.

Es wird wohl niemand daran zweifeln, daß es der Schutzverband mit der Ausnutzung dieser Bereitwilligkeit des Vereins Berliner Rektoren nicht hat bewenden lassen, daß er auf dem Wege der

Dienstbarmachung einflußreicher Körperschaften rüstig weitergeschritten ist. Gegenwärtig ist er schon dahin gelangt, daß ihm schon fast alle Handels- und Handwerkskammern zu Willen sind und ihm ihre ganze Kraft für die Lehrlingszuteilung zur Verfügung stellen.

In allen Orten kann man jetzt fortgesetzt Einsendungen von derartigen einflußreichen Körperschaften in den bürgerlichen Blättern lesen, worin in den hochtönendsten Phrasen die Lehrlingswerbung betrieben wird. Selbstverständlich gibt man bei diesen Veröffentlichungen stets vor, daß man durch diese Lehrlingsuche nur das Wohl der Allgemeinheit fördern, daß man den jungen Leuten die Berufswahl erleichtern, ihnen eine wirklich gute Lehrstelle besorgen und den Eltern eine schwere Sorge um ihre Nachkommen abnehmen wolle. Wenn man alle diese gewundenen Erklärungen in diesen Veröffentlichungen verdimmt, möchte man auch beinahe glauben, es wäre wirklich an dem. Da nur der erfahrene Gewerkschafter merkt, daß sich hinter diesen betörenden Redewendungen die Profitgier kapitalistischer Ausbeuter verbirgt, braucht man sich nicht darüber zu wundern, daß unzählige Opfer diesen Verlockungen folgen und daß die Veranstalter dieser unlauteeren Propaganda, unser Schutzverband der deutschen Steindruckereibesitzer und andere derartige Unternehmerorganisationen, reiche Ernte halten. Dies muß besonders für uns, wo wir so sehr an einer Überfüllung des Lithographenberufes leiden, ein Anlaß sein, stets wachsam auf dem Posten zu sein. Dieses neuerliche Vorgehen der Unternehmer drängt uns immer mehr die Pflicht auf, geeignete Abwehrmaßnahmen ausfindig zu machen.

Wir können nicht umhin, einige Zitate aus einem dieser vielen Propagandaaufsätze, die das nach kostenlosen Ausbeutungsobjekten lüsterne Unternehmertum durch die bürgerliche Presse gehen läßt, vorzuführen, um der Kollegschaft zu zeigen, wie raffiniert diese Leute zu arbeiten verstehen. Es heißt in der Einleitung eines solchen Betörungsschreibens:

»Es ist eine ebenso beklagenswerte wie bekannte Tatsache, daß heute für die zur Schulentlassung kommende Jugend eine wohlüberlegte Berufswahl so ziemlich ein Ding der Unmöglichkeit ist, mindestens für die größte Mehrzahl der Kinder. Die natürlichen Berater, die Eltern, sind selten in der Lage, die Berufsaussichten und Anforderungen zu übersehen und ihre Kinder einem ihrer Entwicklung entsprechenden Berufe zuzuführen, der ihnen auch in wirtschaftlicher Beziehung die Gewähr für ein gutes Fortkommen im Leben bietet. Meist sind Zufall, Neigungen oder Läunen des Kindes allein ausschlaggebend an diesem so wichtigen und für das ganze spätere Leben entscheidenden Wendepunkte im Dasein des Kindes. Besonders in den Städten will die Klage nicht verstummen über den Mangel (hört!) an geeignetem Nachwuchs in den gelehrten Berufen; von Jahr zu Jahr schwillt das Heer der Jugendlichen an, die angelockt durch die Aussicht auf ein größeres Maß von Freiheit und einen baldigen Erwerb, den ungelerten Berufen zuströmen. Die vielen Nachteile, die eine solche Wahl den Jugendlichen später bringt, der harte Kampf ums Dasein, den der erwachsene und besonders der alternde, ungelerte Arbeiter zu führen hat, das Elend, dem er blindlings selbst in die Arme rennt, sind Dinge, die der aus der Schule entlassene junge Mensch, vor dem sich das Leben wie eine weite unendliche Fläche dehnt, nicht sieht, und wenn wir nicht zuviel von ihm verlangen wollen, auch nicht sehen kann. Darum brauchen wir Berufsberater, die die Jugend und die Eltern bei der Berufswahl mit unparteilichem und sachverständigem Rate unterstützen. Die Berufsberatung wieder muß ihre Ergänzung finden in der Vermittlung des gewählten Berufs (hört!) also in der Lehrstellenvermittlung.«

Das ist gewiß alles sehr schön gesagt. Man wird zugeben müssen, daß diese Ausführungen geeignet sind, bei unerfahrenen Leuten guten Glauben zu erwecken und sie irre zu führen. Es wird im allgemeinen ganz treffend gesagt, wie die Verhältnisse sind. Man könnte daher die Angaben bis auf die verschiedenen Wendungen, wo für den erfahrenen Gewerkschafter der wahre Zweck dieser Bekundungen unverhüllt durchguckt, voll unterschreiben.

Freilich brauchen wir Berufsberater, die die Jugend und die Eltern bei der Berufswahl mit unparteilichem und sachverständigem Rate unterstützen. Die geeignetsten Berater wären natürlich die Vertreter derjenigen, die Berufe praktisch ausüben, also die Gewerkschaftsleiter. Diese wirklich Sachkundigen zu empfehlen, fällt diesen Machern aber gar nicht ein: sie empfehlen zur »unparteilichen«, »sachverständigen« Beratung die — Handels- und

Handwerkerkammern. Daß sich die heranwachsende Arbeiterjugend blindlings in die Fangarme dieser Unternehmerinstitutionen werfe, das ist eben der ganze Zweck der Übung.

Sonst wollen wir zu den schönen betörenden Redensarten nichts weiter sagen. Nur möchten wir noch hinweisen auf die den Machern gewiß von Herzen kommende Klage, daß sich heute die jungen Leute meist lieber einem sogenannten »ungelernten« Berufe zuwenden, als daß sie bei einem Vertreter eines »gelernten« Berufes, also bei einem Handwerker in die Lehre träten. Kann es denn heute ein gewissenhafter Mensch einem jungen Manne noch anraten, zum Beispiel Lithograph zu werden? Tun denn die Jugendlichen nicht wahrhaftig besser, wenn sie sich gleich einem »ungelernten« Beruf zuwenden, wo sie sofort Geld verdienen, als daß sie sich erst etwa als Lithographenlehrlinge vier lange Jahre umsonst ausbeuten lassen und dann, weil sie in dem erlernten Beruf kein Fortkommen finden können, zu einem »ungelernten« Berufe übergehen? Wenn die Berufe, denen die Machter dieser Veröffentlichungen nicht genug Lehrlinge zutreiben können, wirklich in wirtschaftlicher Beziehung eine Gewähr für ein gutes Fortkommen im Leben bieten, warum führen denn dann diese Herren ihre eigenen Sprößlinge nicht diesen so gepriesenen Berufen als Lehrlinge zu? Man hält aber seine Nachkommenschaft für zu gut dazu!

In dieser und anderer Weise suchen also die Lehrlingsausbeuter, die Züchter einer großen beruflichen Reservearmee, Stimmung für ihre Zwecke in der Öffentlichkeit zu machen.

Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink Aluminium- und Notendrucker.

Genasführt.

Nach Beendigung der letzten Aussprechung im Lithographiegewerbe ließ es sich die Leitung des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer angelegen sein, ihre Verbandszeitung »Deutsches Steindruckgewerbe« unter unseren Mitgliedern zu verteilen. Insbesondere waren es die Nummern, in denen unter der Überschrift »Nachlese des Kampfes« durch die Redaktionsscheiben der Unternehmerrzeitung Ausschau auf den Kampfplatz gehalten und von fluchtähnlichen Austritten von Mitgliedern aus unserer Organisation berichtet wurde. Allerdings fiel es auf, daß man in der Redaktion jenes Blattes viel früher von diesen Dingen unterrichtet war als wir, und daß die von dort gemeldeten Austritte späterhin in einem Umfange eintraten, der gegenüber jenen Notizen geradezu lächerlich verschwindend war. Der Zweck des Manövers war klar. Die durch unseren Verband »geknechteten« Seelen der Organisierten sollten sich erbauen an den *hohen Worten*, mit denen man die einzig lautere, beglückende Fürsorge der Unternehmer für die Ausgetretenen pries und versprach, und sie sollten den bösen Verband, in dem nur die Führer die Vorteile genießen, drei Mal in das graueste Elend verfluchen. Allein unsere Mitglieder waren schlauer, als es sich der Mann auf dem gegnerischen Redaktionspolster ausmalte. Sie mißtrauten mit Recht jenem mit bombastischen Worten ausposaunten »Wohlwollen« der Unternehmer. Und daß sie daran Recht hatten, beweist folgender Vorfall:

Am 5. Mai ds. Js. trat der Steindrucker X in die Firma M. Schlesinger in Berlin, deren Inhaber Herr Wundsch, der Schutzverbandsvorsitzende, ist, als Umdrucker ein. Zwei oder drei Tage später ließ ihn der Oberdrucker des Geschäfts zu sich rufen und stellte an ihn das Ansinnen, aus seiner gewerkschaftlichen Organisation auszutreten und Mitglied des Unterstützungsvereins »Senefelder« zu werden. Der Oberdrucker sicherte ihm Dauerstellung zu, eventuell werde sich Herr Wundsch auch bereit erklären, ihm zu gegebener Zeit andere Stellung mit demselben Lohnsatz in eine andere Firma zu verschaffen. X sträubte sich zunächst gegen einen Austritt aus unserem Verbandsverbande und begründete es unter Anderem damit, daß er beim Verbandsverbande finanzielle Schulden habe. Als ihm aber das ganze Geld von der Firma bei einem etwaigen Austritt aus der Organisation zur sofortigen Verfügung gestellt wurde, ging er auf die Lockungen der Firma ein und erklärte als langjähriges Mitglied unseres Verbandes seinen Austritt. Im Juli wandte sich die Firma, in der X bis zum Beginn der Aussprechung gearbeitet hat, an ihn, um ihn wieder zu engagieren. Auf den telefonischen Anruf dieser Firma bei M. Schlesinger soll Herr Wundsch selbst geantwortet haben, den X könne er nicht missen da er ihn selbst gut gebrauchen könne.

Am 27. Oktober erhielt X einen Brief von der Schutzverbandsfirma W. Hagelberg-Berlin folgenden Inhalts:

»Herrn N. N. Wie wir erfahren haben, beabsichtigen Sie, Ihre Stellung zu wechseln; wir suchen einen wirklich tüchtigen Steindrucker in dauernder Stellung, falls uns die Leistungen befriedigen, zum möglichst baldigen Antritt, und bitten um Ihren

Besuch; Sie wollen sich an unsern Oberdrucker Herrn Taute, in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, wenden.

Hochachtung W. Hagelberg Akt.-Ges.»

Der Empfänger war erstaunt. Er hatte nicht im geringsten an einen Stellungswechsel gedacht. Es war ihm auch nicht im Traum eingefallen, zu irgend einem Sterblichen ein dahin zielendes Wort zu sagen, denn in der Firma M. Schlesinger hatte er doch durch seinen vollzogenen Austritt aus unserem Verband nach dem gegebenen Versprechen Lebensstellung eingetauscht. Erklärlicherweise ließ er deshalb den Brief unbeantwortet. Sein Erstaunen wuchs, als 5 Tage später der Ober ihn wieder zu sich rief und ihm bedeutete, daß man infolge eingetretener Geschäftsläufigkeit keine Arbeit mehr hätte. »Aber«, besann sich der Edle, »haben Sie denn nicht von der Firma W. Hagelberg einen Brief erhalten?« »Ja.« »Und sind Sie dort gewesen?« Natürlich nicht; denn X dachte ja nicht daran, seine Stellung aufzugeben. Außerdem erwartete er, daß man nach dem zweiten Teil des Versprechens zum mindesten ihn erst in Kenntnis setzte, wenn wirklich für ihn nichts mehr zu tun war, und sich dann erst für ihn um andere Tätigkeit bemühte. Man hatte es aber umgekehrt gemacht und hinter seinem Rücken über ihn verhandelt. X ging schließlich doch zur Firma W. Hagelberg. Aber das Engagement kam nicht zustande, weil er zu einem geringeren Lohnsatz anfangen sollte! Bis zum 9. November blieb er noch bei Schlesinger; an diesem Tage wurde er von dem Oberdrucker kurz und bündig entlassen.

Wir berichten diese Tatsachen, ohne irgend welche Kritik zu üben, weil wir der Meinung sind, daß auch die glänzendste Feder ihre Wirkungen nur abschwächen kann. Unseren Kollegen wird es sicher nicht schwer fallen zu erraten, wer der allein Geschädigte ist.

Wer will der Nächste sein?

Tac.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher Tapeten-, Linoleum-, Wachstuch-, Zeug- und Seiden-Drucker. — Arbeitsnachweiseführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutsstr. 24.

Aus den Sektionen.

Berlin. Unsere Mitgliederversammlung vom 7. Dezember beschäftigte sich mit der Durchführung der Wiesbadener Beschlüsse. Wie bereits bekannt ist, haben die Kollegen der Neuköllner Linoleumfabrik aus dem Verhalten der Direktion die einzig mögliche Konsequenz gezogen und mit einer Ausnahme die Arbeit niedergelegt. Die Firma macht verzweifelte Anstrengungen, um Arbeitskräfte zu bekommen. Es wird Aufgabe der Kollegen allerorts sein, dafür zu sorgen, daß ihr dieses nicht gelingt. Kollege Schubart führte hierzu aus, daß das Vorgehen der Neuköllner Kollegen Anerkennung verdiene; es sei dieses das erste Mal in unserm Berufe, daß Kollegen, die 10 und 15 Jahre in einem Betriebe waren, so einmütig handelten. Sie haben somit wesentlich dazu beigetragen, die Bahn freizumachen für weitere Verbesserungen. Die Zentralkommission habe beschlossen, die Arbeit von Neukölln als Streikarbeit zu betrachten. Es ist also Pflicht der Kollegen, hierauf Obacht zu geben und nötigenfalls der Zentralkommission sofort Mitteilung zu machen. Im Laufe der Debatte kam auch das Verhalten der übrigen 70 Fabriksteher zur Sprache. Es wurde allgemein bedauert, daß gerade diese Kollegen, die zu den schlechtestbezahlten in ganz Deutschland gehören, nicht soviel Mut aufzubringen vermögen, um mit dem nötigen Nachdruck für ihre Forderungen einzutreten. Gemäß der Resolution vom 2. November wurde verlangt, daß diese Firmen gesperrt werden, denn wir können nicht eher an eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit denken, ehe nicht überall die 9stündige Arbeitszeit durchgedrückt ist. Bei der Zentralkommission wurde beantragt, einen Beschluß auszuarbeiten, der sich mit dieser Auffassung deckt.

Durch die Sozialdemokratie hat das Denken von Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen eine feste Struktur bekommen. Die Sozialdemokratie hat sie aus der Stumpfheit herausgerissen und ihnen einen titanischen Trotz eingehaucht. Sie hat die Geister zusammengeballt, indem sie alle mit einem Glauben, mit einer Hoffnung, mit einem Willen erfüllte. Diese Arbeit hat sie in der kurzen Zeit von vier Jahrzehnten vollbracht, und noch ist sie nicht am Ende ihres siegreichen Laufs... Die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist ein schwerer taktischer Fehler, durch den sich die Kirche bei den Nichtbesitzenden um den Kredit gebracht hat. Die Sozialdemokratie ist in den Augen der Armen die große Helferin und Trösterin. Was eigentlich die Kirche sein sollte, wenn sie nach der Lehre und dem Vorbild Jesu handelte, das hat an ihrer Stelle die Sozialdemokratie vollbracht, sie richtet die Gefallenen auf, sie sättigt die Hungrigen, sie predigt den Armen das Evangelium von ihrer Erlösung.

Pfarrer Liebster (Leipzig) 1909.

Feuilleton.

Friede auf Erden!

Da die Hirten ihre Herde ließen und des Engels Worte trugen durch die niedere Pforte zu der Mutter und dem Kind, fuhr das himmlische Gesind fort im Sternenraum zu singen, fuhr der Himmel fort zu klingen: »Friede, Friede! auf der Erde!«

Seit die Engel so geraten, o wie viele blut'ge Taten hat der Streif auf wildem Pferde, der geharnischte, vollbracht! In wie mancher heiligen Nacht sang der Chor der Geister zagend, dringend flehend, leis verklärend: »Friede, Friede . . . auf der Erde!«

Doch es ist ein ewiger Glaube, daß der Schwache nicht zum Raube jeder freien Mordgebärde werde fallen allezeit: etwas wie Gerechtigkeit webt und wirkt in Mord und Grauen, und ein Reich will sich erbauen, das den Frieden sucht der Erde.

Mählich wird es sich gestalten, seines heiligen Amtes waltend, Waffen schmiedend ohne Fährde, Flammenschwerter für das Recht, und ein königlich Geschlecht wird erblühen mit starken Söhnen, dessen helle Tuben dröhnen: Friede, Friede auf der Erde!

Conrad Ferdinand Meyer.

uns das Denken fehlt. Die Tatsachen, die wir fühlen und sehen, machen uns zum Kämpfer, die Diskussion zum bewußten, klaren, willensstarken Kämpfer. Ein verworrener Kopf taugt so wenig zum Kämpfer wie ein fauler. Vom Unrechtfühlen bis zum Kämpfen ist freilich ein weiter Weg, auf dem die Worte und Begriffe viel Arbeit verrichten. Aber das Unrecht muß erst da sein, bevor es gefühlt und dann erkannt, dann ausgesprochen und endlich bekämpft werden kann.

Zunächst gilt es für dich, von dem Aberglauben loszukommen, daß du nicht reden könntest. Wenn du damit beginnst, täglich halb so viel zu reden als bisher und dafür zu dem, was dir zu sagen übrig bleibt, einiges denken willst, hast du schon viel gewonnen. Alle Redelust beginnt mit Wenigerreden und Mehrdenken. Die Furcht vor dem Lächerlichmachen ist töricht; andre im Tonfall nachzuahmen, in der Gebärde und im Satzbau, ist kindisch. Rede wie du denkst, dann redest du gut, denn dann bist du wahr in deiner Rede, und das ist mehr wert als Schnörkelei, Gewandtheit und Gelehrtheit. Hast du wirklich vor dem Reden gedacht und bist du dann noch so schwer im Ausdruck, wird dich doch jeder gern anhören. Einige der besten Redner aus der Geschichte lernten das Reden so schwer, daß ihr Beispiel sprichwörtlich wurde. Strebe nicht danach, ein Schönredner zu werden, das kann dich leicht zum Unwahren verführen. Unsere besten Redner wurden es durch ungeheure Gedankenarbeit und lautere Gesinnung.

Eine gutbegründete, das heißt gutdurchdachte Weltanschauung erfordert viel Fleiß; Grundsätze sind das Ergebnis langen Nachdenkens, das merkt du bald in der Diskussion.

Alle Menschen fühlen mehr oder weniger stark das Bedürfnis, ihr Licht leuchten zu lassen oder ihre Person geltend zu machen. Bei einigem Aufmerken merkst du sofort, wer sein Licht erborgt und ferner die Unarten der Redner beim öffentlichen Meinungsaustausch. Du bemerkst sie darum so leicht, weil es ihrer unzählige sind. Brädest du es fertig, sie alle zu umgehen, würdest du bald der beste Diskussionsredner. Die größten Schmitzer machen die, die am kunstvollsten reden. Niemals kannst du in kunstvoller Rede etwas besser oder klarer oder schöner sagen, als du es mit einfachen Worten fertig bringst. Hüte dich vor den sogenannten Schlagwörtern, denn sie haben alle etwas Unwahres an sich, wenn sie auch noch

so hoch tönen. Glaube ihnen nie restlos, untersuche ihren wirklichen Wert, also die Summe der Erfahrungen, die sie bezeichnen.

Die zweideutigen Redner sind fast immer Heuchler, vor ihnen und vor denen, die gern Bücklinge machen in ihrer Rede, mußt du dich in acht nehmen. Die nie ein Unrecht einsehen wollen oder können, kannst du ruhig laufen lassen, denn sie sind nicht ernst zu nehmen. Wer solche Künste braucht, hat sachlich wenig oder gar nichts zu sagen. Wer bloß wegen des Beifalls redet und wer einen dreimal ausgesprochenen Gedanken noch ein viertes mal wiederholt, damit auch er unter den Rednern stehe, betrügt sich wie eitle Kinder und bedarf der Rute. Am gefährlichsten sind die, die von sich glauben oder sagen, sie könnten so und auch anders; sie sind die wirklichen Giftträger in der Diskussion, die Jesuiten, so genannt, weil diese in ihren Schulen zu gleicher Zeit für und wider eine Sache reden lernen müssen.

In der Diskussion kannst du unbekümmert um den Erfolg reden; die Form kann zurücktreten, nur das wirklich Erfahrene, der Gedanke, die nackte Tatsache soll wirken. Dann kommst du der höchsten Sachlichkeit am nächsten. Du sollst das Eisen als Eisen, das Holz als Holz behandeln, der Natur und deiner Rede keinen Schnickschnack anhängen.

Du sollst zum Beispiel bei einem Diskurs über die Naturgesetze nicht sagen, die Natur liebt es, ihre Zwecke mit den einfachsten Mitteln zu erstreben, denn du weißt nicht, ob die Natur Liebe oder Mittel oder Zwecke kennt, wenn es auch hundert Dichter behaupten. Du sollst auch nicht sagen, in der Natur ist alles möglichst einfach eingerichtet, weil du nichts von einem Einrichter weißt, auf den man aus deiner Rede schließen kann. Du wirst etwa sagen: Der Mensch macht ständig Erfahrungen (das versteht jeder), mit Hilfe seiner Sprache versucht er, diese Erfahrungen in feste Regeln zu bringen, die er Naturgesetze nennt. Aber er weiß nicht, wie weit sie gelten, denn sie sind ja abhängig von seinen Sinnen, seiner Sprache, seinem Denken und von vielem anderen, was er nicht genau nachprüfen kann.

Du siehst also, daß es schwer ist, sachlich zu diskutieren. Aber du kannst es lernen, wenn du den festen Willen zum Denken mitbringst. ar.

(Aus dem »Proletarier«.)

Vom Diskussionsreden.

(Fortsetzung und Schluß.)

Die Diskussion soll uns zu Kämpfern machen, sagst du. Ist das nicht auch bloß eine Redensart? Wir werden keine oder schlechte Kämpfer, wenn

Die modernen guten Adler-Film werden in über 300 div. Dessins fabriziert, weit mehr als alle anderen Leipziger Tangierfilm-Fabriken zusammen herstellen. Dessin-Muster gratis. F. TROMMER jun., Naunhof-Leipzig.

Chiffre - Inserate finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.

Stellenangebote
Arbeitsnachweis des Schweiz. Lithographenbundes. Gesucht nach Zürich einige **Photodrom - Operateure u. Chromo-Lithographen**. Allfällige Bewerber belieben sich an den Arbeitsnachweisverw. A. Greuter, Kapellenstr. 6 Bern, zu wenden. [150]

Mehrere tüchtige **Messingstecher** werden durch den Arbeitsnachweis gesucht. C. Schubert, Berlin-Lichtenberg, Rittergutsstraße 24.

2 bis 3 tüchtige **Messingstecher**, durch den Arbeitsnachweis gesucht. O. Keller, Formsteherei, Dessau, Backgasse 14. [150]

Verschiedenes

60 000 Druck! Hamburg, 14. Nov. 1912.

Hiermit beschneige ich dem Maschinenmstr. Herrn F. Hantke, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60, daß er in meiner Anstalt mit Hilfe seines **„Matt-Lack“ u. „Tonschutzes“** sechzigtausend Druck 125er Format, Raster, ohne Einwalzen und Nachätzen gedruckt hat. Die Platte war dann noch unverändert. [300]

Druckerei H. Carly. I. V. Wilh. Höbel.

Bester Ätzgrund f. Maschine z. Radieren z. Kopieren. C. Hitziger, Berlin-Neukölln, Weisestr. 4.

Roulett., Fadenstichel Fräser u.s.w. in bester Ausführung fert. an Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO., Manteuffelstr. 31.

Das echte Tangierfell in tadelloser Schärfe liefert Leipziger Tangier-Manier, Alexander Grube, Leipzig, Talstr. 40.

DIE BESTEN Spritzapparate sind **„LUFTIKUS“** Leipziger Tangier-Manier, Alex. Grube, Leipzig, Talstraße 4, Abt. D. Luftmalgeräte.

Graphische Fachklassen Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein- druck, Photomechanische Verfahren. Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule **Barmen**

Graphische Werkstätten der Handwerker- u. Kunstgewerbeschule **Breslau** Kunstgewerblich-techn. Ausbildung in Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein- druck, Buchbinderei. Photo- mechan. Reproduktionsverfahren :: Auskunft durch den Direktor :: Halbjährlich 30 Mark - Eintritt jederzeit

Dresden Sonntags vorm. 9-12 Uhr Unterrichts-Zeichnen u. Malen, Kopf, Akt. A. Walther, Kunstst., Walpurgisstr. 2, III.

Lithographen - Diamanten



für Hand und Maschine.
No. 72 Schrift-Diamant m. Naturspitze für Lithogr., p. Stk M. 4.- 7.- 9.-
No. 73 Vierkantig geschliff. Schrift-Diamanten, bes. f. engl. Schrift u. Kupfer- stecher zu empfehlen, per Stück M. 12.- 14.- 16.- 18.- 20.-
No. 74 Scharfundgeschliffener Schrift-Diamant für englische Schrift und Kupferstecher, per Stück M. 14.- 16.- 18.- 20.- 24.-
No. 75 Dreikantig geschliff. Maschin.-Diamant z. Gravieren, p. St. M. 7.- b. 12.-
No. 76 Maschin.-Diamant m. Naturspitze z. Gravieren, p. St. M. 4.- bis 8.-
No. 77 Masch.-Diamant, konz. geschliff. f. Asphaltarb., p. St. M. 12.- bis 20.-
No. 78 Saphir, konzent. geschliffen f. Asphaltarbeiten, p. St. M. 7.- bis 13.-
No. 80 Federnder Diamant z. Ziehen v. Punktierlinien, p. St. M. 4.- bis 6.-
No. 81 Zirkeldiamant, per Stück M. 3.- bis 4.-
Glasschneide-Diamanten, per Stück M. 3.- 6.- 8.- 10.-
Universal-Glasschneide-Diamanten, per Stück M. 8.- 10.- 12.- 15.-
Reparat. sämtl. Diamantwerkzeuge werden prompt u. bill. ausgeführt
Urbanek & Co., Diamantwerkzeug-Fabrik, Berlin W. 15, Umland-Straße 52.

„Faltentod“

Endlich ist er da der Faltentöter! (Pat. Drawe.)
Einzig wirksame Vorrichtung zur Verhinderung der Faltenbildung und des Dehnens der hinteren Ecken beim Bedrucken der Bogen.
In kurzer Zeit bereits glänzend bewährt!
Patente in allen Kulturstaaten.

Krieger & Co., Bielefeld.

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamt gebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf
Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie. Von Fritzhansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.

Zu beziehen durch:
Conrad Müller, Scheuëditz.

Als Weihnachts-Geschenke empfehle:
Kunstablätter, Heliographen, Heliogravuren, Oldruckbilder, Malvorlagen usw. billigs!
Wiederverkäufer hohen Rabatt.

Fr. Pungs, Frankfurt a. M., Dannerkerstraße 3. Gegen Einsendung von 30 Pfg. Porto Katalog frei. [165]

Verbandsnachrichten

Alle Kollegen welche den Aufenthaltsort des Metallretuscheurs (früher Photographen) [195]

Eugen Schneider aus Stuttgart wissen, werden um umgehende Mitteilung gebeten, da selbiger ihm unvertraute Gelder veruntreut hat.
I. A.: **Joh. Ehlers, Düsseldorf-Oberkassel, Lueg-Allee 9 IV.**

Ersuche werthe Kollegen um die Adresse des Steindr. C. Ueckermann. **Hermann Jakob, Leipzig-Neusellerhausen, Wurzerstr. 21 II.** [60]